

# Offensiv links

1 | März 74

## Der Bluff mit der Energiekrise

Wer erinnert sich noch an die düsteren Prognosen für die Entwicklung der "Volkswirtschaft", an Nullwachstum, an die Worte Willy Brandts, die Krise sei nur mit jener der zwanziger Jahre vergleichbar? In Österreich blieb es zwar aus, aber Presse und Fernsehen brachten Bilder von endlos leeren, ausgestorbenen Landstraßen und Autobahnen an den Wochenenden, in einigen westeuropäischen Staaten wurde Benzin sogar rationiert.

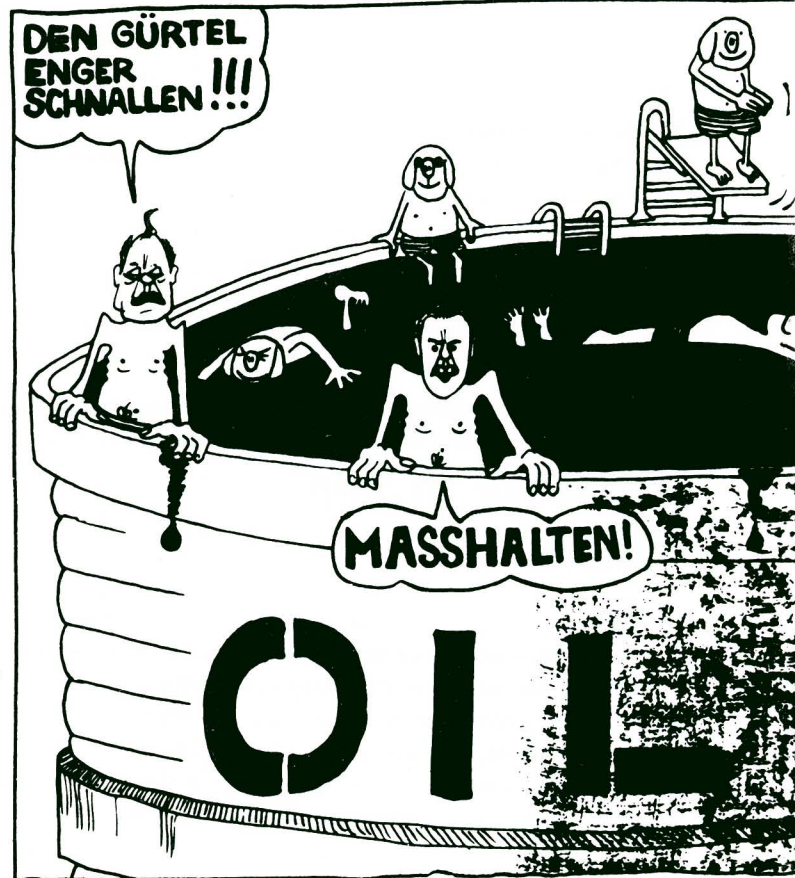
Ein Alptraum, aus dem wir nach wenigen Wochen aufgewacht sind oder schlicht und einfach ein schlechter Witz? Und was sollen noch diese "Pickerln" auf den Windschutzscheiben der Autos, wo es doch heißt, daß die Ölreserven bald überfließen und es noch soweit kommen kann, daß die Autofahrer angehalten werden, statt weniger tunlichst mehr Fahrten zu unternehmen ... Hat's den Staribacher g'habt?

Und die verhassten Ölscheichs, die angeblich die westliche Wirtschaft boykottieren, unseren armen Staat erpreßten, was fällt denen plötzlich ein, neuerlich von Preissenkung zu reden (wer kennt das Wort noch?), um ihr Öl loszukriegen, von dem es wieder soviel gibt?

Aber etwas muß doch daran gewesen sein, das gibt es doch gar nicht, daß würdige Staatsmänner, Minister und Parlamentarier ohne ernsthafte Gründe zu haben Notverordnungen erlassen; daß biedere Gewerkschaftsbonzen wie unser aufrechter Benya leutselig Erklärungen in der Öffentlichkeit abgeben, daß es mit den Arbeitslosen doch nicht so schlimm werden wird, denn einige von ihnen, zum Beispiel die Frauen, könnten ja als pflichtbewußte Hausfrauen ebensogut auf die "Arbeitslose" verzichten; daß unsere seriösen Massenmedien Ratschläge erteilen, wie man am angenehmsten

friert; daß ergraute Wissenschaftler sich den Kopf darüber zerbrechen, künstliches Benzin herzustellen (die Zeit der Alchimisten, die unedle Metalle in Gold verwandeln wollten)

Fortsetzung auf Seite 3



# Tagung des Club de Rom in Salzburg

Am 4. und 5. Februar tagten auf Einladung des Club de Rome, einer pseudowissenschaftlichen Ideologiefabrik des internationalen Kapitals, in Salzburg führende westeuropäische Staatsmänner und ihre pro-imperialistischen Kollegen aus der Dritten Welt, um eine "Überlebensstrategie" der nächsten 20 und 30 Jahre zu finden.

Der Club de Rome hatte sich schon 1972 durch die Einleitung der "Energiekrise" hervorgerufen, indem er bei dem berühmten CIA-Institut, dem "Massachusetts Institute of Technology" (MIT), eine Studie über den Energiezustand der Erde in Auftrag gab. Aufgrund der (wissenschaftlich unhaltbaren) Ergebnisse des MIT erhob der Club de Rome erstmals das große Krisengeschrei. Der Startschuß für den internationalen Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse war damit gefallen; die kapitalistische Wirtschaftskrise wurde auf diese magische Weise zur "Naturkatastrophe".

So besehen wird deutlich, warum diese "Überlebensstrategie"-Diskussion unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wird: Es geht nicht um das Überleben der Menschen schlechthin, es geht um das Überleben ganz bestimmter Leute: der herrschende Klasse und eines ganz bestimmten Systems, des Kapitalismus.

- rp -

## Proteste in den Betrieben

Die ständig steigenden Preise, vor allem die angekündigte enorme Preissteigerung bei Benzin und Ofenöl, haben eine steigende Unruhe in den Betrieben ausgelöst. Der Ruf nach wirksamen Maßnahmen der Regierung gegen die Preistreiber, nach Lohnerhöhungen und einer Reform der Lohnsteuer wird immer lauter. In den letzten Wochen haben die Betriebsräte einer großen Anzahl österreichischer Betriebe, einstimmige Resolutionen in dieser Richtung gefaßt.

Linke, Sozialisten, Kommunisten wissen wenig von ihren unterschiedlichen Problemen und Auffassungen, noch weniger oft von den wirklichen Problemen und Meinungen der "Massen" der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten.

Die "Massen" der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten wissen wenig oder gar nichts von den Problemen und Auffassungen der Linken, Sozialisten und Kommunisten und wenn sie einmal was hören, was sie interessieren könnte, verstehen sie nicht die Sprache der Linken.

OFFENSIV LINKS will hier eine Lücke büßen, die Kluft zwischen alter und neuer Linken überbrücken helfen.

Den Graben zwischen Linken, Sozialisten und Kommunisten auf der einen Seite und den "Massen" der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten auf der anderen Seite zu schließen.

Durch solidarische Diskussion aller Probleme ohne dogmatische Scheuklappen, ohne Vorurteile und Aggression.

Durch breite, verständliche und aktuelle Information über alle Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung, über die Kämpfe gegen Kapitalismus und Ausbeutung, gegen Imperialismus und Unterdrückung.

OFFENSIV LINKS wird von der FÖJ-Bewegung für Sozialismus herausgegeben. In der FÖJ-Bewegung für Sozialismus sind Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Studenten organisiert. Die gemeinsamen Erfahrungen in der Arbeitszeit und in der Freizeit werden regelmäßig ausgetauscht. Verständnis für die Probleme des einzelnen hilft die Erkenntnis der Probleme der arbeitenden Bevölkerung allgemein vertiefen.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN  
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ - Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33a, Telefon: 34 67 145  
Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52

Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Einzelpreis: S 5, --

Jahresabonnement: S 50, --

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

In der Resolution des Arbeiterbetriebsrates der Alpine-Donawitz heißt es: "Für die Beschäftigten des Hüttenwerkes Donawitz der VÖEST-ALPINE-AG wird die enorme Teuerung, werden besonders die Preiserhöhungen für Benzin, Heizöl und Strom untragbar."

Der Arbeiterbetriebsrat verlangt, daß die Lohnpolitik diesen Gegebenheiten angepaßt und eine Vorziehung der Lohnrunde durchgeführt wird. Die außergewöhnliche Belastung durch die Lohnsteuer erfordere auch eine Vorziehung der Lohnsteuerreform, heißt es in dem Beschluß, der von allen Betriebsratsfraktionen gefaßt wurde.

Beschlüsse mit gleichen oder ähnlichen Forderungen wurden in folgenden Betrieben gefaßt: Maschinenfabrik

König & Bauer - Mödling, Andritzer Maschinenfabrik, SGP-Graz, Puchwerke, Glanzstoff-St. Pölten, Alpine-Traisen, Elin-Weiz, Böhler-Kapfenberg, Solvay-Werke-Ebensee, Veitscher Magnesitwerke, Austria Email Knittelfeld, Maschinenfabrik Simmon, Metallwarenfabrik Danubia, ÖAF-Floridsdorf, Steirischer Erzberg, die Grazer Verkehrsbetriebe, Gußstahlwerk-Kapfenberg, Motorenwerke-Jenbach und ÖMV-Tanklager Lobau.

Alle diese Resolutionen wurden dem ÖGB, der Regierung und den zuständigen Fachgewerkschaften zugeleitet.

(Gekürzt übernommen aus "die alternative" Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit Heft 3, März 1974)



# Energiekrise

ten, liegt gar nicht so weit zurück!). Hat der Fasching heuer frühzeitig Einzug gehalten in die höchsten Institutionen, die um das Wohl der Nation und der Bürger besorgt sind?

Wer jetzt nachträglich Tränen der Erleichterung lacht über den ganzen dummen Unfug, dem sollte man die Lachfalten glätten, die Tränen abwischen und sagen: nur Narren lachen, wenn sie zum Narren gehalten werden. Die Sache geht jeden an, der nicht zu den wenigen gehört, die jetzt allen Grund haben gut gelaunt zu sein: jene sagenhaften "Multinationalen". Selbst der Name täuscht: sie sind alles andere als "vielnational". Zum Beispiel die sieben Schwestern, die sieben größten weltbeherrschenden Erdölkonzerne: jedes hat seine feste Heimat in einem der großen kapitalistischen Länder, von dem aus es den Markt oder große Teile davon in den meisten anderen kapitalistischen Ländern beherrscht, von den "Entwicklungsländern" erst gar nicht zu reden. Daß sie tatsächlich schalten und walten können, wie es ihnen beliebt, illustriert die Antwort von Willy Brandt, als es gefragt wurde, ob seine Regierung die Erdölkonzerne nicht an die staatliche Kandare nehmen könnte: "Dann können wir gleich am Rhein nach Öl zu bohren anfangen..."

Ihre Regie bei dem Riesenspektakel von wahrlich multinationalem Ausmaß klappte perfekt. Der Nah-Ost-Krieg bot die idealen Theaterkulissen, um dem Publikum vorgaukeln zu können, daß der Ölfluß tatsächlich gestoppt worden sei, und die Atrappen der ölig grinsenden Ölscheichs tat das übrige. Eine weltweite künstliche Drosselung der Lieferungen ist für die sieben Hexen der Ölküche ein kleiner Regietrick. Die Regierungen spielten ihre Rolle wie einstudiert. Das altehrwürdige Gesetz, wonach sich der Preis einer Ware nach Angebot und Nachfrage selbst reguliere, durfte seine unumschränkte Herrschaft ausüben. Die Superprofite dieses kurzen Krisenjähhrens schlagen sich saftig zu Buche: Exxon (Esso) konnte seine Gewinne im dritten Quartal gegenüber dem vorangegangenen schlicht verdoppeln, Shell konnte sie gleich vervierfachen, und die anderen gingen auch nicht leer aus.

Und weil es einmal an Öl mangelt und der Rückgriff auf andere Energieträger dementsprechend groß war, wird die Erdölkrise zur Energiekrise und überhaupt zum großen Geschäft für alle, die in irgendeiner Form Energie handeln, ob privater oder öffentlicher Sektor. Die Energieträger bilden aber auch die Grundlage für andere Erzeugnisse - die werden in einem Aufwaschen oder nach und nach auch um etliches teurer.

So erklingt ein ganzes Orchester und spielt die Symphonie von der Knappheit der irdischen Güter, die daran schuld ist, daß die Produktion nicht mehr auf Hochtouren läuft, Arbeitsplätze rarer werden und Lohnforderungen in solcher Zeit dann überhaupt das fatale Unverständnis der arbeitenden Massen für das Gebot der Stunde verraten: sparen, sich bescheiden, den Gürtel enger schnallen.

Was hier also in aller ungeschminkten Realität vorexerziert wird, ist die altbekannte Logik der kapitalistischen Produk-

tionsweise. Ihre Aufschwünge und Abschwünge, Konjunkturen und Rezessionen entspringen einzig und allein den Interessen der Profitvermehrung Einzelner auf Kosten der Arbeiterschaft.

Ihre Antwort, will sie sich nicht total diesem ihre Kräfte, ihre Gesundheit, ihr Wohlergehen auffressenden System ausliefern, ist einfach: sich von den Lohnforderungen nicht abbringen lassen, sich über Lohnerhöhungen zurückholen, was durch Inflation und intensivere Arbeit vom Kapital geraubt wird, wie es die Kumpels in England heute in aller Konsequenz zeigen.

Alles andere würde dem Betrug noch den Selbstbetrug hinzufügen.

## Staatsstreik im ORF?

Am 9. Jänner herrschte im Hörfunk 15 Minuten lang Funkstille. Der schon lange schwelende Konflikt zwischen den Dienstnehmern der technischen Direktion und der ORF-Führung war zum Ausbruch gekommen. Schon im Sommer letzten Jahres beschnitten Bacher & Co. die Rechte der Betriebsräte der technischen Abteilung, indem sie den Druck einer Betriebszeitung im ORF untersagten. Damals ließ der ÖGB-Chef Benya den Betriebsräten mitteilen, daß etwaige Kampfmaßnahmen von der Gewerkschaft nicht unterstützt werden können.

Im Jänner wurde von der ORF-Geschäftsführung das Betriebsrätegesetz erneut verletzt, indem 11 neue Posten ohne Information der Betriebsräte ausgeschrieben wurden. Darauf beschloß der Betriebsrat der technischen Abteilung einstimmig den Streik, da laufende Versuche der Geschäftsführung die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes zu umgehen, sie zwängen, an die Öffentlichkeit heranzutreten.

Die zuständige Gewerkschaft für Kunst und Freie Berufe billigte und unterstützte die Kampfmaßnahmen der ORF-Techniker. Trotzdem sprach die ORF-Führung in Nachrichten, Presseaussendungen und Briefen an Kreisky, Rösch und den Polizeipräsidenten von einem "Überfall", bei dem sich "Dienstnehmer Methoden bedient haben, die subversiven Elemente geradezu als Modell für staatsstreichähnliche Vorfälle dienen könnten!"

Massenmedien, Regierung und Gewerkschaftsführung reagierten prompt: der Streik wird als "unüberlegt, bedenklich" (Kreisky), "beunruhigend für das ganze Volk", "Machtübernahme im ORF" (Kurier) bezeichnet.

In den darauffolgenden Verhandlungen einigten sich Bacher und Benya dahingehend, daß "sich bei Streiks oder Aussperrungen nicht nur die betreffenden Gewerkschaften, sondern auch die leitenden Organe des ÖGB mit Arbeitskonflikten befassen, wenn öffentliche Interessen berührt werden."

Das bedeutet für die ORF-Belegschaft eine ernsthafte Einschränkung ihrer autonomen gewerkschaftlichen Rechte durch die Einschaltung der Gewerkschaftsführung bei eventuellen Kampfmaßnahmen. So können die ÖGB-Bosse ihren abwieglerischen, "sozialpartnerschaftlichen" Einfluß noch mehr geltend machen.

Und in größerem Maßstab sollte man sich überlegen: Welche Arbeitskonflikte berühren nicht das öffentliche Interesse und wessen Interesse ist das "öffentliche"? K.L.

# A do schau her...

Als der Royce-Rollce Modell 1938 vor der Tankstelle hielt, dachte sich der Sepp so nebenbei "Ein schöner Kübel. Bin neugierig wieviel da einirinnt."

Der bärtige Herr mit der exotischen Kappe hinter dem Lenkrad sagte zuerst nur "Volle und Super".

"Ein schöner Kübel", meinte Sepp, "nur das DI da oben paßt nicht recht dazu."

Der Herr antwortete sichtlich gelangweilt: "Das stört mich wenig. Ich habe vier Autos. Alles Royce-Rollce. Sammle sie wie Briefmarken. Ich kann fast jeden Tag auf ein anderes umsteigen. Auf einem steht MO, auf dem anderen SO. Ein S könnte ich mir jederzeit besorgen." Das wurmte den Sepp ein wenig. "Wenn's so weitergeht und das Benzin rationiert wird, was haben 'S davon?" fragte er höflich.

"Das ist doch alles nur ein Schmäh", antwortete der seltsame Herr, bis zum Hals ein Hippi, darunter der Besitzer von vier Royce-Rollce.

"Ach so?" wunderte sich der Sepp. "Die Araber boykottieren uns doch, höre ich..."

"Das auf alle Fälle" kam die Antwort in festem Ton. "Aber ich kenne Ihren Chef. Den obersten. Er hat mir einmal eine Zeichnung abgekauft. Ich bin nämlich Künstler. Kennen's mich nicht? Jetzt will er von mir eine ganze Plastik haben. Eine richtige Statue, verstehen Sie?"

"Ich wußte gar nicht, daß mein Chef was von Kunst und so versteht", staunte Sepp.

"Das nicht," sagte der Meister. "Aber er weiß, wie man sein Geld anlegt. Und davon hat er in der nächsten Zeit ziemlich viel."

"Obwohl das Benzin knapper wird und wir weniger verkaufen?"

"Zuerst wird's knapper, dann wird's teurer", sagte der phantastische Realist. "Und dann gibt's wieder genug. Zum höheren Preis natürlich."

"Das ist mir zu hoch", sagte Sepp ganz desparat. "Aber der Kübel gefällt mir trotzdem. Er ist voll."

"Gut so", sagte der in den Geheimnissen des Lebens und der Geschäftswelt bewanderte Künstler, bezahlte mit einem Scheck und fuhr sanft davon.

## DER GENERALSTREIK IN FRANKREICH UND DER ORF

Rundfunkmeldung über den Generalstreik in Frankreich am 6. Dezember 1973 gegen die hohen Preissteigerungen:

"Infolge des Generalstreiks waren keine öffentlichen Verkehrsmittel in Paris unterwegs. Die Armee setzte an den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten Armeelastkraftwagen ein, um die berufstätige Bevölkerung zu ihren Arbeitsstätten zu transportieren."

Hier wirft sich die Frage auf: Wen transportiert die Armee, laut ORF, bei einem Generalstreik? Wahrscheinlich den verantwortlichen Redakteur des ORF.

# Arbeitsverfassungsgesetz -

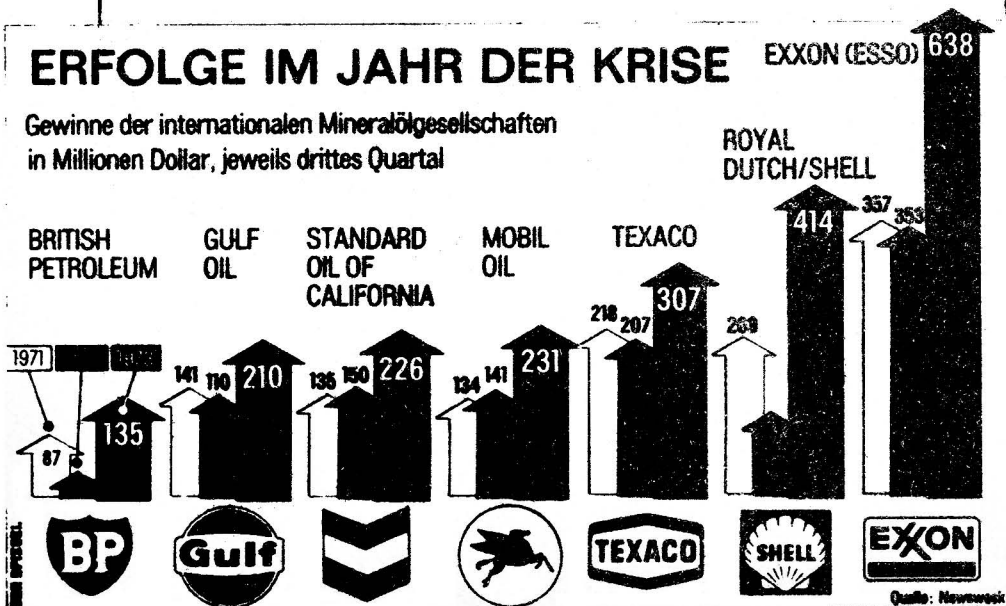
## oder die Vorteile der Sozialpartnerschaft

Wer Anfang 1973 den Aufschrei der Unternehmer hörte, die Artikel der bürgerlichen Presse las, mußte annehmen, daß in Österreich die Machtübernahme seitens der Arbeiterschaft auf der Tagesordnung stand. Die Freiheit des Eigentums war in Gefahr, die wie wir alle wissen die Grundlage jeglicher Freiheit im Kapitalismus darstellt. Ende 1973 las man es anders. Der Präsident der Bundeswirtschaftskammer konnte mit Stolz mitteilen, daß die Vernunft wieder einmal gesiegt hätte und sowohl die ÖVP und die FPÖ stimmten im Parlament diesem Gesetz zu. Österreichs Unternehmer können also beruhigt und unbesorgt in die Zukunft blicken, die Arbeiter und Angestellten haben weiterhin im Betrieb nicht mehr als bisher zu reden. Die Vorteile der SP (sprich Sozialpartnerschaft) haben sich wieder glänzend bestätigt. Fragt sich nur für wen.

Um dem Verdacht, positive Veränderungen zu negieren, zu entgehen, soll nachfolgend zusammengefaßt werden. Dies fällt umso leichter, da man auch bei bestem Willen dazu nicht allzuviel Platz benötigt.

## ERFOLGE IM JAHR DER KRISE

Gewinne der internationalen Mineralölgesellschaften in Millionen Dollar, jeweils drittes Quartal





a) Durch die Zusammenfassung von Betriebsrätegesetz, Jugendvertrauensrätegesetz und Kollektivvertragsgesetz ist eine übersichtlichere Darstellung als bisher gelungen;

b) besonders für Kleinbetriebe (mit mehr als 5 Beschäftigten) ist die Erweiterung des Geltungsbereiches des Betriebsrätegesetzes von Bedeutung;

c) die Freistellung von Betriebsräten für Bildungszwecke ist verankert worden;

d) während im Entwurf noch von der Mitwirkung der Betriebsräte bei einer Reihe von sozialrechtlichen und sozialpolitischen Angelegenheiten die Rede war, wurde dies im Gesetz auf die Beratungsfunktion des Betriebsrates reduziert. Speziell in jenen Fragen, die die Aufnahme und Beförderung bzw. Schulung und Wohnungsvergabe betreffen.

e) und schließlich die "Mitwirkung in wirtschaftlichen Angelegenheiten". Dieser Punkt wird, aufgrund seiner Wichtigkeit, in einer der nächsten Nummern noch ausführlich behandelt.

#### DER ERFOLG DER UNTERNEHMER

Man muß davon ausgehen, daß die österreichische Arbeiterklasse 1918-1920 und 1945-1947 eine Reihe sozialrechtlicher Errungenschaften als Ablöse für den Verzicht auf eine Revolution bekommen hat (Betriebsrätegesetz, Arbeiterkammergesetz u. v. a.).

Daraus ist der Stolz der Wirtschaftskammer und des Industriellenverbandes erklärbar, daß dieses Gesetz zustande kam. Es gelang ihnen unter einer SP-Regierung neue grundsätzliche und bahnbrechende Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verhindern. Dies ist aus dem 3. Haupttitel "Befugnisse der Arbeitnehmerschaft" ersichtlich. Ein weiterer Punkt ist die Verschlechterung zwischen Entwurf und Gesetz. Erstmals und auch das zeigt den Geist dieses Gesetzes, ist es den Unternehmern gelungen mit diesem Gesetz Koalitionsrechte auszuüben. Schließlich sei auf eine echte Verschlechterung und Einengung der Rechte der Betriebsräte hingewiesen. Wo die Betriebsräte bisher uneingeschränkte Rechte hatten (wie z. B. in der Arbeitseinteilung, Prämiensysteme) kann die Unternehmenseite mit Hilfe der Einigungsämter diese Rechte einengen. Wer die Zusammensetzung und

Praxis der Einigungsämter kennt (paritätisch vertreten sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie Vertreter, Beamte, der Ministerien für Justiz und soziale Verwaltung), weiß was das bedeutet.

So deutlich hat die SPÖ und der ÖGB noch selten die Unterordnung ihrer

Politik unter die Kapitalinteressen gezeigt. Daß das Problem Mitbestimmung, immerhin zentrale Forderung des ÖGB, selbst in verwässerter Form nicht beinhaltet ist wird in einem der nächsten Artikel nachzuweisen versucht werden.

-sm-

## Wem nützt es?

In der Neujahrsbotschaft der ÖGB-Spitzenfunktionäre verkündeten Benya, Altenburger und Häuser, daß die Sicherung der Vollbeschäftigung absoluten Vorrang hat.

Ab wann man jedoch die Vollbeschäftigung als bedroht betrachtet konnte man einem Interview des ÖGB-Präsidenten Benya entnehmen, welches vorher veröffentlicht wurde. Dieses Interview hätte man zwar eher von einem Vertreter der Industriellenvereinigung erwartet, aber die "vielgepriesene Sozialpartnerschaft" bringt die Gewerkschafter eben dazu, die Parole des "Gürtelengerschnallens" zum Schutz des Kapitalismus als erster der Arbeiterschaft zu empfehlen.

Er meinte, daß der Verlust von Arbeitsplätzen nicht unbedingt mehr Arbeitslosigkeit bedeute, denn wenn Gastarbeiter und verheiratete Frauen aus dem Berufsleben ausschieden, diese dann nicht unbedingt als arbeitslos im formellen Sinn aufscheinen.

Also ganz einfach, wer in der Arbeitslosenstatistik nicht aufscheint, kann ruhig den Arbeitsplatz verlieren. Ganz egal, ob er nicht aufscheint, weil er noch zu kurz in den Arbeitsprozeß eingegliedert ist und daher noch keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat oder abgeschoben werden kann.

Bei den verheirateten Frauen baut man darauf, daß sich ein Großteil bei Verlust des Arbeitsplatzes nicht arbeitslos melden wird, auch wenn bereits Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besteht, da das falsche Bewußtsein über die "natürliche Rolle der Frau" im Haushalt tätig zu sein, dies unnötig erscheinen läßt.

Außerdem, wenn Gastarbeiter und verheiratete Frauen abgebaut werden, wird sich kaum jemand aufregen. Der Großteil der Arbeiterschaft findet es selbstverständlich, daß diese, wenn Schwierigkeiten auftreten, zu gehen haben, weil sie nur "Lückenbüßer" sind. Daher sieht der ÖGB-Präsident es nicht für

notwendig an, auch diese Arbeitsplätze zu sichern, solange dies ruhig hingenommen wird.

Wir können uns aber dieser Meinung nicht anschließen. Eine Zersplitterung der Arbeiterschaft, in Privilegierte und Nichtprivilegierte bzw. in zu schützende und ungeschützte, verhindert das Zusammenhalten sowie das gemeinsame Handeln der Arbeiterschaft und nützt dem Kapital.

Es kann nur durch Solidarität verhindert werden, daß die kapitalistischen Schwierigkeiten auf den Rücken der Arbeiterschaft abgewälzt werden. Daher ist jeder Arbeitsplatz gleich wichtig.

Es hat sich schon sehr oft gezeigt, daß gegen Stilllegungen und Abbau von Arbeitskräften eines Betriebs innerhalb einer Betriebsgruppe von den Verbleibenden nichts getan wurde, in der Annahme, sie würden dadurch ihre Arbeitsplätze sicher erhalten. Sie konnten dann nicht mehr handeln, wenn ihre Arbeitsplätze später auch verloren gingen. Z. B. bei der SGP, zuerst wurde das Rax-Werk geschlossen, ohne daß in den übrigen Werken Solidaritätsaktionen erfolgten, darauf schloß die LOFAK und vor kurzem wurde eine Abteilung in Simmering aus Rentabilitätsgründen aufgelassen.

Niedere Löhne für die einen und höhere für die anderen lassen immer befürchten, daß bei Bedarf entweder nur solche, die mit weniger zufrieden sind, angestellt werden oder auch die höher Bezahlten auf das niedere Niveau herabgedrückt werden.

Die Argumentation, daß Gastarbeiter, die nicht qualifiziert sind und nach Hause geschickt werden können, wenn die Arbeit weniger wird, die froh sein ▶

# § 144 und die Kirche

## SOZIALSTRUKTUR IN ÖSTERREICH

Berufstätige insgesamt		Arbeiter/Angestellte/Beamte (einschließlich Arbeitslose)	
1961	3,369.815	2,386.937	70,8 %
1972	3,028.000	2,280.000	75,3 %
1973 März	3,038.000	2,298.000	75,6 %

Zählt man die Gastarbeiter hinzu, so ist der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger im März 1973 81 %.

## MEHR FRAUEN IM ARBEITSPROZESS

Ende 1972 war bei den Frauen gegenüber 1971 ein Beschäftigtenzuwachs von 33.451 zu verzeichnen. Damit gab es in Österreich 936.328 weibliche Beschäftigte.

sollen, daß sie hier arbeiten dürfen, brauchen nicht dasselbe verdienen wie die einheimischen Arbeiter mit der selben Tätigkeit oder ähnlicher, ist genauso kurzsichtig wie die Begründung zur Unterbezahlung der Frauen.

Die Formel "Männer erhalten die Familie, Frauen verdienen nur dazu", es muß daher auch aus diesem Grund einen Lohnunterschied geben, macht viele blind.

Es müßte gerade denjenigen einleuchten, die kaum genug für die Deckung der eigenen Bedürfnisse verdienen, daß es keinen Familienlohn gibt. Jeder bekommt, wie es so schön heißt, entsprechend seiner "Leistung" von der Firma bezahlt und nicht nach dem Familienstand. Die Frauen gehen aus der gleichen Notwendigkeit arbeiten, wie die Männer, egal ob verheiratet oder nicht. Ihr Recht auf Arbeit muß ebenso gewährleistet sein, wie der noch immer nicht durchgesetzte gleiche Lohn für gleiche Arbeit. - om -



"Gleicher Lohn? Dann schau Sie sich die Muskeln des Mannes an und Ihre dagegen!"

# Arbeiter- selbst- verwaltung und Qualifikation

Unabhängig von politischen und ideologischen Einwänden, scheint es "objektive" Gründe für die Ablehnung der Arbeiterselbstverwaltung zu geben.

- + Sind Arbeiter überhaupt fähig, ihre Werke zu führen?
- + Wird der Portier oder die Bedienerin über den Bau von neuen Anlagen entscheiden können?
- + Kann der einfache Arbeiter die richtige Wahl zwischen sofortiger Lohn-erhöhung und notwendiger Investition treffen?

Damit glaubt man alle Probleme vom Tisch gefegt zu haben.

Ähnlich mokierten sich einst die Adligen, als das von ihnen für unmündig gehaltene Bürgertum die Frechheit besaß, die öffentlichen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen zu wollen. Es ist nur allzu verständlich, daß die heute herrschende Klasse ebenso reagiert. Immer waren und sind die "Herren" davon überzeugt, daß sie die einzig Berufenen sind zu herrschen. Bedenklicher stimmt es wenn solche Einwände aus den Reihen der Arbeiterbewegung kommen.

Fortsetzung auf Seite 7

## WIE WAR ES BIS JETZT?

Trotzdem Strafen auf Abtreibung standen gab es in Österreich jährlich ca. 80.000 bis 100.000 Abtreibungen. Vor die Gerichte kamen davon nicht einmal 1.000 (weniger als 1 %).

## WER LITT UNTER DER STRAFDROHUNG?

Überwiegend ärmere Frauen, die sich keine Klinik im Ausland leisten konnten, denen es irgendwelche Kurpfuscher auf irgendeinem Küchentisch machten. Sie trafen die gesundheitsschädlichen Folgen. Vor Gericht gelangten meistens Fälle, bei denen infolge der Anwendung primitiver Instrumente schwerwiegende Schäden entstanden sind.

## WAS SOLL SICH ÄNDERN?

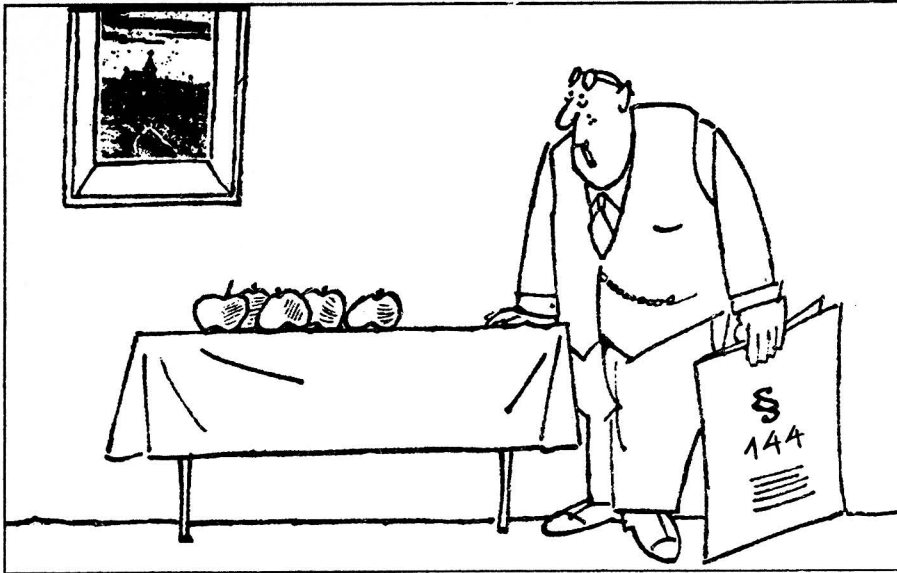
Die Abtreibungen sind straffrei, jede Frau kann selbst und ohne Angst entscheiden, ob sie das Kind will oder nicht. Die Abtreibung ist gefahrlos. Mit der vernünftigeren Einstellung zum Kinderkriegen wäre eine vernünftigere Einstellung zur Empfängnisverhütung verbunden. Bessere, ungefährlichere und billigere Mittel wie z.B. die Pille danach (die in Österreich nur wegen des § 144 nicht eingeführt werden konnte) würde zur Anwendung kommen. Die Abtreibung würde überflüssig werden.

## WAS SAGT DIE KIRCHE?

Sie ist nicht nur gegen die Straffreiheit der Abtreibung. Glaubt sie denn ernstlich, daß durch die Beibehaltung der §144 (in irgendeiner Form) weniger abgetrieben würde?

Sie ist auch gegen die Antibabypille. Weiß die Kirche nicht, daß Arbeiter nicht genug verdienen, um sich unbeschränkt Kinder leisten zu können?





„Werdendes Leben ist schon Leben? Sieh an! Dann sind das ja keine Äpfel, sondern fünf richtige Apfelbäume!“

Die Kirche betreibt weiter moralische Heuchelei. Wenn schon sexueller Verkehr, meinen die kirchlichen Würdenträger, dann soll auch die Angst dabei sein, unerwünschte Kinder zu bekommen.

Bei Durchsetzung der Forderungen der Kirche würde nicht nur die gegenwärtige Misere bleiben, es würde noch schlechter werden. Die Frauen dürften demnach nur mehr zu Hause bleiben und auf die Kinder schauen. Aber gottseidank, die Gegnerschaft der Kirche gegenüber der Pille wird selbst von Katholiken zunehmend mißachtet.

Die Kirche sagt, die Straffreiheit für Abtreibung bedeutet Kindesmord, das wäre nur mit den nazistischen Rassege-

setzen vergleichbar. Abgesehen davon, daß diese Vorwürfe absurd sind und der Wirklichkeit hohnsprechen, hätte gerade die Kirche sehr wenig Grund an diese Zeiten zu erinnern. Da kann man nur fragen, wann hat sich die Kirche im Krieg gegen das Töten ausgesprochen, wann hat sie ihre Haltung im 2. Weltkrieg einer Selbstkritik unterzogen? Ja mehr noch, Papst Pius XII., der von den Ermordungen in den Konzentrationslagern wußte, unter dessen Fenstern die Nazis Razzien auf Juden veranstalteten, wann hat er je ein Wort gegen diese Ermordungen gefunden? Und wann hat je die Kirche dieses Verhalten ihres Papstes einer Kritik unterzogen?

- mp -

Fortsetzung von Seite 6

## Arbeiterselbstverwaltung ...

Derartige Fragen können nur jene stellen, die außerstande sind zwischen der technischen Entwicklung, ihrer Bewältigung und der betrieblichen Hierarchie, die nur zur Aufrechterhaltung der Macht der Eigentümer notwendig ist, zu unterscheiden.

Es ist weithin bekannt, daß die Kriterien des Aufstiegs im Betrieb in erster Linie von der Fähigkeit die Unternehmensinteressen zu vertreten bestimmt sind. Nur in den seltensten Fällen ist der Vorgesetzte gleichzeitig auch der fachlich Qualifizierteste. Eine weitere Verwechslung hängt vom falschen Verständnis der Arbeiterselbstverwaltung bzw. der Struktur der Arbeiterklasse

ab. Die Selbstverwaltung eines Unternehmens bedeutet die Teilnahme aller im Betrieb Produzierenden, an allen in Produktion und Verteilung zu fällenden Entscheidungen.

Das bedeutet jedoch keineswegs, daß der Betrieb unorganisiert ist. Es wird Leitungsorgane geben. Es wird unterschiedlich qualifizierte Kräfte geben. Es wird eine Organisation der Arbeit geben, die aber von den Betroffenen selbst bestimmt wird. Die Fachkräfte auf allen Ebenen des Betriebes spielen einzig ihre berufliche Rolle aus, und sie hören auf Sachwalter der absoluten Macht des Kapitals zu sein. Die Betriebs- und Arbeitsorganisation leitet sich aus den humanistischen und technischen Erfordernissen des Betriebes und der Gesellschaft ab. Sie dient

weder der Profitmaximierung noch der Vermehrung der Aufseher und Vorgesetzten (Parkinsonsches Gesetz).

Schließlich sei auf eine entscheidende Veränderung im Arbeitsprozeß hingewiesen, die sich bereits im heutigen kapitalistischen System durchzusetzen beginnt. Bis vor kurzem war man noch der Meinung, daß die Zerteilung des Arbeitsablaufes (siehe Taylorsystem), die die Arbeit jedes menschlichen Sinnes beraubte und den Menschen zum Bestandteil der Maschine herabwürdigte, eine technische Notwendigkeit sei. Erst diese Arbeitsmethode garantiere die maximale Produktion.

Sie garantiert jedoch nur das Maximum an Gehorsam und Kontrolle der Arbeiter. Gleichzeitig fördert sie durch die Vielfalt der Lohngruppen die Konkurrenz der Arbeitenden untereinander.

Es wird jedoch immer sichtbarer, daß diese Methode zwar die höchstmögliche körperliche und nervliche Ausnutzung erreicht, aber die weitere Hebung der Produktivität und damit auch die Steigerung des Profits zu hemmen beginnt. Diese Erkenntnis, daß die Erträge höher sind wenn an Stelle des äußeren Zwanges die Arbeiter selbst ihre Arbeit gemeinsam organisieren, Arbeitszeit und Arbeitstempo bestimmen, hat sich in Werken wie Volvo, ICI, u.a. bestätigt. Wobei dort nach wie vor die Profitüberlegungen vorrangig sind, die Arbeiter vom Kapitalisten abhängig sind und keinerlei Möglichkeiten haben, auf die Verteilung der von ihnen erzeugten Produkte Einfluß zu nehmen. Dennoch: Durch die Abschaffung von Aufsehern und Kontrolloren. Durch die gemeinsame Diskussion zwischen Arbeitern und Technikern, anstatt des Befehls von oben, stieg in diesen Betrieben die Produktivität. Selbstverständlich ist das keine Arbeiterselbstverwaltung sondern der Versuch seitens des Kapitals die Arbeiter stärker zu integrieren. Es zeigt sich aber die Überholtheit der überheblichen Argumente der Gegner der Arbeiterselbstverwaltung. Es kann festgestellt werden, daß die Ablehnung der Arbeiterselbstverwaltung, wegen der angeblichen fachlichen Unfähigkeit der Arbeitenden ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, nicht durch sachliche Argumente fundiert ist, sondern ideologischen und politischen Motiven entspringt. ■

# Februar 1934 – Chile 1973

Um ständigen offenen Provokationen der österreichischen Arbeiter durch die Regierung Dollfuß, der Heimwehr (bewaffnete Einheiten des Bürgertums) des Militärs und der Polizei zu begegnen, erhob sich die österreichische Arbeiterschaft am 12. Februar 1934 (schon längst verspätet) spontan in einem Aufstand gegen den Austrofaschismus. Viele Arbeiter resignierten schon vorzeitig wegen der zurückweichenden Politik der Sozialdemokratie und dem aufkommenden Austrofaschismus. Sie waren moralisch und materiell schon zu vieler Machtmittel beraubt, es gab keine proletarische Kraft, die die Autorität und die Bereitschaft zur Führung des Kampfes besaß, und der Faschismus rund um Österreich war schon zu stark konsolidiert: der Aufstand konnte zu keinem erfolgreichen Ende führen.

Trotz dieser Niederlage war die Schlacht nicht vergebens. Es war der erste bewaffnete Widerstand gegen den in ganz Europa aufkommenden Faschismus. Man zog die Lehren aus dieser Niederlage. Sowohl die Sozialdemokratie als auch die KP standen nun positiv zu einem breiten antifaschistischen Bündnis bei der Bekämpfung des Faschismus.

Die österreichische SD, die die überwiegende Mehrheit der österreichischen Arbeiter hinter sich hatte, verhinderte 1918 eine sozialistische Revolution. Die herrschenden Klassen waren nach dem für sie verlorenen Krieg schwer angeschlagen und große Teile des Proletariats befanden sich in einer revolutionären Stimmung. Die reformistische Ideologie, die fatalistische Weltanschauung, das Sicherheitsbedürfnis verunmöglichte es aber der SD-Führung eine revolutionäre Praxis zu initiieren. Nachdem sich dank SD in der Folge der Kapitalismus wieder konsolidieren konnte, wurde das Kapital auch immer frecher gegenüber der Arbeiterschaft. Das Kapital hatte nicht genug materiellen Spielraum, um die Lohnabhängigen mit Zuckerln still halten zu können. Es mußte auf bewaffnete Formationen setzen, um mit Gewaltmittel eine Niederhaltung der Arbeiter erreichen zu können. Weiters wurden im Laufe der Zeit die demokratischen Spielräume immer mehr

eingeeengt. Die SD wehrte sich dagegen ungenügend. Durch ihr ständiges Zurückweichen lud sie die Reaktion förmlich ein, den Strick über dem Hals der Arbeiter immer enger zu ziehen. Die traurigen Folgen dieser Politik mußte die Arbeiterschaft und nach 1938 nicht nur die Arbeiter bitter bezahlen.



Was war der "Austrofaschismus" und warum hat er 1934 geputscht, das heißt das Parlament nach Hause geschickt und alle bürgerlich-demokratischen Einrichtungen "gleichgeschaltet"?

Jede Spielart des Faschismus ist generell der Versuch der herrschenden bürgerlichen Klasse, in einer Situation der Lage Herr zu bleiben, in welcher die wirtschaftlichen Schwierigkeiten einen solchen Grad erreicht haben, daß die Massen der Lohnabhängigen nicht mehr bereit sind, die Hauptlast der Krise zu tragen. Die Machtfrage wird an die Tagesordnung gesetzt. Die Arbeiterklasse will Verhältnisse herstellen, die ihre triste ökonomische und gesellschaftliche Lage radikal zum Besseren wenden. Das aber geht nur über die Entmachtung der bisherigen Herren im Staat, der Besitzer der Produktionsmittel, der Betriebe und Fabriken, der Kapitalistenklasse und ihrer Verbündeten.

"Das herrschende Bewußtsein ist das Bewußtsein der Herrschenden" hat Karl Marx geschrieben, das aber heißt, daß sowohl Teile der Arbeiterschaft, als auch viele Bauern und Kleinbürger in der Bedrohung der alten Herrschaftsverhältnisse, in denen sie im Gegensatz zur Masse der Arbeiter eigenständige oder gehobenere Positionen besaßen, auch ihre eigene Bedrohung sehen. Ihre durchwegs verschiedenen Interessen zu den großen Herren des Kapitals werden überbrückt, indem eine gemeinsame "Weltanschauung" gebastelt wird je nach den historischen Einflüssen der Religion, der Kultur, verschiedener Traditionen, zum Beispiel der "Blut- und Boden-Romantik".

Solche Begriffe haben den Vorteil, daß sie über die entscheidenden materiellen Gegensätze hinwegtäuschen und die von diesen Gegensätzen Betroffenen leichter vergattern können. Wenn dann "vereint" marschiert wird, dann für "Gott und Vaterland", für "Freiheit und Ehre" (in Wirklichkeit fürs Kapital) und gegen die Arbeiterklasse, gegen ihr Programm der Befreiung, die nur über die Befreiung von der Knechtschaft der Lohnarbeit und Ausbeutung erfolgreich sein kann.

Kurzum: am 12. Februar 1934 hat die österreichische Kapitalistenklasse zur Wahrung ihrer Interessen alle bürgerlichen (also die von ihr verkündeten!) Rechte und Freiheiten annulliert, da diese sich sonst in ihrer materiellen Verwirklichung gegen ihre eigene Herrschaft gekehrt hätten.



Was hat das mit Chile zu tun, 40 Jahre später? Angeblich gehört das nun einmal zum lateinamerikanischen Alltag, daß Militärs putschen und die Herrschaft übernehmen, bis sie von anderen putschenden Militärs davongejagt werden. Bis vor drei Jahren galt aber Chile als das Musterland der Demokratie in Lateinamerika! Es konnte sich sogar leisten, einen marxistischen Präsidenten an der Spitze einer aus Kommunisten, Sozialisten und fortschrittlichen Christen gebildeten Regierung zu haben! Fast schien es so, daß es einfach darauf ankommt, wie gut die demokratischen Spielregeln von allen Staatsbürgern gelehrt wurden, um schön langsam und demokratisch den Weg zum Sozialismus in einem kapitalistischen Land zu beschreiten... Führende Köpfe der chilenischen KP sprachen schwärmerisch von den demokratischen Traditionen der chilenischen Armee, die sie vor den bösen Absichten der schäumenden Unternehmer, Bankherren und Zeitungsbesitzer und vor deren mächtiger Gefolgschaft bewahren würden.

Heute ist die unumschränkte Herrschaft dieser Klasse auch in Chile wiederhergestellt. Die enteigneten und



nationalisierten Fabriken sind wieder im Eigentum ihrer früheren Herren, der Kupferpreis steigt, ausländische Konzerne wollen investieren; und hunderttausende Arbeiter sind brotlos geworden, die Inflation erreicht dreistellige Ziffern, tausende Ermordete,

zehntausende Eingekerkerte, dutzende "auf der Flucht" Erschossene, bestialisch Gefolterte bilden das solide Fundament, auf dem wieder Ruhe und Ordnung herrscht. Die Arbeiter sind ruhig, die Profite ordentlich! In Österreich heute völlig unvorstell-

bar? Der Faschismus kommt nicht von heute auf morgen. Geputscht wird nicht aus heiterem Himmel. Wir haben die Zeit und die Möglichkeit, aus den Lehren des Februar 1934 und Chile 1973 zu lernen. Noch.

- zp -

# Erfolge der Linken auf der Uni

	1971			1974		
	abs.	%	Mandate	abs.	%	Mandate
ÖSU	12.034	53,5	19	10.780	41,5	24
Team	-	-	-	943	3,7	2
AKTION	1.892	7,9	3	698	2,4	1
VSStÖ	2.379	10,6	3	3.446	13,5	7
CSS	-	-	-	666	2,3	1
MLS				1.293	4,9	2
KSV } 1971: VDS	589	2,6	0	764	2,9	1
GRM }				759	2,8	1
RFS	5.632	25,1	9	5.431	20,9	12
Fraktion Theologie	-	-	-	523	1,6	1
Liste Marlene Streeruwitz - Unabhängige Studentinnen	-	-	-	471	1,8	1

ÖSU (Österreichische Studenten Union): Früher stand sie der ÖVP nahe, heute ist sie der Hauptvertreter des SP-Hochschulkonzeptes unter den Studenten.

Team: Rechte Abspaltung von der ÖSU.

RFS (Ring Freiheitlicher Studenten): FPÖ- und NDP-nahe Studentengruppe mit einigen liberalen Aushängeschildern; Sammelbecken der "Schlagenden Verbindungen".

AKTION: Früher eine antiautoritäre Studentengruppe; 1974 kandidierte nur noch der rechte Flügel.

VSStÖ (Verband Sozialistischer Studenten Österreich): Eines der linken Aushängeschilder der SPÖ; KP-nahe.

CSS (Club Sozialdemokratischer Studenten): Sozialdemokratische Studentengruppe; eventuell Warnschuß der SP an den VSStÖ.

MLS (marxistisch-leninistische Studentenorganisation): Nachfolger des von der KP abgespaltenen VDS. Die marxistisch-leninistische Studentenorganisation ist heute eine neostalinistische, an Peking orientierte Studentengruppe.

KSV (Kommunistischer Studentenverband): Abspaltung von der MLS. Die offizielle Studentenorganisation der KPÖ.

GRM (Gruppe Revolutionärer Marxisten, Trotzlisten): Abspaltung von der MLS und des linken Flügels der AKTION.

Fraktion Theologie: Kandidierte, um die Studenten der Theologischen Fakultäten "direkt" zu vertreten.

Liste Unabhängiger Studentinnen (Marlene Streeruwitz): Erfolgreichere von zwei kandidierenden Frauenrechtlerinnen-Studentengruppen. Abspaltung von ÖSU.

## 1. ERGEBNISSE

Trotz ihrer Aufspaltung in 4 Gruppen erzielte die Linke bei den Hochschulwahlen Erfolge, die in diesem Ausmaß nicht erwartet wurden. Bei relativ geringer Wahlbeteiligung (es wählten nur etwa 33% aller Studierenden) wurde für das oberste Gremium der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH), den Zentralauschuß nebenstehende Ergebnisse erzielt.

Die niedrige Wahlbeteiligung und die Tatsache, daß erstmals auch die ausländischen Kollegen wählen durften, haben neben anderen Gründen ohne Zweifel auch zum "Linksruck" beigetragen. Spricht man vom "Linksruck", so muß man sich auch klar werden, daß derartige Kräfteverhältnisse auf den Universitäten in Europa nahezu etwas einmaliges sind; an fast allen anderen europäischen Universitäten dominieren linke Gruppen.

## 2. DIE TECHNOKRATISCHE HOCHSCHULREFORM - ZENTRALES THEMA IM WAHLKAMPF

Einen wesentlichen Aspekt der Hochschulwahlen stellte die seit langem geplante Reform der Hochschule dar. Diese Reform hatte 1971 bei vielen Studenten die Hoffnung erweckt, daß die verknöcherten Strukturen in den Universitäten durch eine weitgehende Demokratisierung verändert würden. Seit damals hat sich aber der Gesetzesentwurf laufend zu Ungunsten der Studenten verändert:

Sah der Gesetzesentwurf 1971 noch tatsächliche Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Studenten auf allen Ebenen vor, so hat der neueste Entwurf des Wissenschaftsministeriums alle fortschrittlichen Momente im wesentlichen zurückgenommen. Die Reform zeigt immer deutlicher ihr wahres Gesicht: sie ist eine technokratische Reform im In-

teresse der herrschenden Klasse.

Die Maßnahmen der Ministerialbürokratie (und damit die Veränderungen des Gesetzesentwurfes) sind natürlich keine zufälligen Willkürmaßnahmen: Die Mitbestimmungsmöglichkeiten waren im wesentlichen nur als Zuckerl für die Studenten gedacht, um der tatsächlich stattfindenden Studienverschärfung ein fortschrittliches Mäntelchen umzuhängen. Diese Verschärfungen drücken sich vor allem in der Erhöhung der Anforderungen für die Zwischenprüfungen aus, die 1966 erstmals eingeführt wurden und mittlerweile auf der ganzen Universität gültig sind (Diplomprüfungsordnung<sup>1)</sup>). Sie werden diktiert vom Bedarf des österreichischen Kapitals an einer großen Anzahl von qualifizierten Arbeitskräften, die möglichst billig hergestellt, sprich: ausgebildet werden sollen. Dieser Bedarf hat sich durch den engen Zusammenhang Österreichs mit der EWG sprunghaft erhöht.

Das Zuckerl wurde den Studenten schließlich doch nicht zugestanden, weil es nicht gelang, eine Massenbewegung unter den fortschrittlichen Studenten zu entfachen, die eine Verschulung des Studiums und die Einschränkung der Mitbestimmung hätte verhindern können und weil die Mitbestimmung der Studenten natürlich nicht im Interesse der herrschenden Klasse ist. Die "Proteste" der Hochschülerschaft verhallten wirkungslos, weil die offiziellen "Studentenvertreter" noch nie die Interessen der Studenten wahrgenommen haben: Die Politik der ÖH, völlig losgelöst und ohne Kontakt zu den Studenten mit Ministerium und Professorenschaft im Hinterzimmerl verhandeln, ist sicher ein wesentlicher Grund für den fehlenden Basisdruck und für die geringe Wahlbeteiligung.

### 3. DIE LINKEN GRUPPEN AUF DER UNIVERSITÄT

Die Linke präsentiert sich also auf 4 Gruppen zersplittert zu den Wahlen, obwohl ihre Programme durchaus nicht so verschieden waren, daß Wahlbündnisse von vorneherein auszuschießen gewesen wären.

VSSStÖ und KSV kandidierten mit

einem nahezu identischen Programm: Sie akzeptieren die ÖH als ständische Interessensvertretung – und sind auch bereit, sich voll hinter alle studentischen Interessen zu stellen. Sie unterscheiden nicht die Forderungen der Studenten in diejenigen, die zur Erhaltung des Bildungsprivilegs für die gehobenen Schichten dienen und diejenigen, die geeignet sind, den Kampf der Studenten mit den Interessen der Arbeiterklasse zu verbinden. Sie stellen sich hinter beide. Dahinter steckt die Auffassung, daß keine Interessensgegensätze zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Zwischenschichten und der Arbeiterklasse bestehen würden. Diese Konzeption hat in ganz Europa – und neuerdings auch in Österreich – zu einer sektiererischen Haltung der KP und ihrer Tochterorganisationen gegenüber allen Gruppen, die links von ihr stehen, geführt. Hingegen suchen sie die Zusammenarbeit mit den linken Sozialdemokraten und den konfessionellen Gruppen. Tatsächlich wäre es beinahe zu einem Wahlbündnis KSV-VSSStÖ gekommen; und nicht grundlos richten sich die wütendsten Angriffe nicht gegen die reaktionären Gruppen, sondern gegen die revolutionäre Linke ...

Die nicht-reformistische Linke (MLS und GRM) beteiligte sich hingegen an den Wahlen, um die Propagandamöglichkeiten auszunützen, die der Wahlkampf ebenso wie die Hochschülerschaft selbst bieten. Sie gehen von der richtigen Einschätzung aus, daß die ÖH keine realen Möglichkeiten zur Durchsetzung studentischer Interessen bietet – abgesehen davon, daß die Vertretung von borniert standespolitischen Forderungen keinesfalls das Ziel einer revolutionären Politik sein kann. Die MLS erkennt aber nicht die Möglichkeiten, die das Aufstellen von Forderungen als Kampfziele für die Studenten bietet und beschränkt sich auf die abstrakte Propagierung dessen, was sie für Sozialismus hält (Berichte über die Lage der Studierenden in der VR China und in Albanien). Die GRM hingegen geht von einer im wesentlichen richtigen Einschätzung der Rolle der Hochschulen in der kapitalistischen Gesellschaft aus und leitet von daher

In ihrer Praxis hält sie sich aber nicht voll an ihre Ideologie.

konkrete Forderungen als Kampfziele für die Masse der Studenten ab, die ihren Kampf nicht von den Interessen der Arbeiterklasse trennt. Der VMS (Verband Marxistischer Studenten, die Studentengruppe des im Vorjahr von der SPÖ abgespaltenen VSM) hat eine Wahlempfehlung zu Gunsten der GRM abgegeben.

### 4. DIE INSTITUTSGRUPPEN - PERSPEKTIVEN DES KAMPFES

Erstmals wurde bei diesen Wahlen auch auf Institutsebene gewählt. Institute sind die kleinsten organisatorischen Einheiten der Universität (z.B. Soziologisches Institut, Chemisches Institut, Philosophisches Institut etc.). Und hier zeigte sich, daß den Linken durch ihre Basisarbeit tatsächlich ein Einbruch gelang. Während VSSStÖ und KSV an den meisten Instituten, auf denen sie sich Chancen ausrechneten, eigene Kandidaten aufstellten, gelang es den anderen linken Gruppen und fortschrittlichen Studenten, sich für die Wahlen auf gemeinsame Kandidaten zu einigen; dieses Bündnis wurde durch die Zusammenarbeit dieser Gruppierungen in Basisorganisationen (den sogenannten Institutsgruppen) möglich. Ihre zentralen Losungen hatten eindeutig antikapitalistische Inhalte: "Gegen eine Ausbildung im Dienste des Kapitals" und "Kampf der technokratischen Hochschulreform". Die Kandidaten der Institutsgruppen konnten sich überall dort durchsetzen, wo diese Institutsgruppen Einfluß auf die studentischen Kämpfe gegen die Studienverschärfungen hatten. An der philosophischen Fakultät der Wiener Universität beispielsweise, wo 1972 fast 20% aller wahlberechtigten Studenten inskribiert waren, konnten sich nahezu 80% gegen die Rechten durchsetzen; auch wo Kandidaten des VSSStÖ oder des KSV gegen die der Institutsgruppen antraten, konnten die Kandidaten der Institutsgruppen durchwegs Erfolge erzielen.

Die entscheidende Frage für die Hochschulen wird nun sein, wie die Institutsgruppen daran gehen werden, ihre zentralen Parolen in die politische Praxis zu übersetzen; inwieweit es ihnen gelingen wird, tatsächliche Massenkämpfe zu entfachen. Die Ausgangslage hat sich jedenfalls verbessert.

- lh - kl - rp - im Auftrag der Studentengruppe der FÖJ-Bewegung für Sozialismus -



# Arbeitskämpfe in Österreich

## Magnesit AG, Radenthein

Der Aufsichtsrat wollte ab 1.1.1974 die betriebseigenen Werkkaufhäuser in Radenthein, Ferndorff und im Bergbau Millstätter Alpe schließen. Diese Kaufhäuser bieten die Waren relativ billig an, und sind angeblich für den Betrieb unrentabel. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr, um diese soziale Einrichtung zu erhalten. In einer stürmisch verlaufenden Betriebsversammlung wurde der Beschluß gefaßt, für den Fall der Schließung der Kaufhäuser in den Streik zu treten. Daraufhin gab der Aufsichtsrat nach und widerrief seinen Beschluß.

## ORF

Siehe gesonderten Bericht auf Seite 3.

## Oberglas, Bärnbach

Zuerst sollten zu Weihnachten 200 Beschäftigte gekündigt werden, wegen "stagnierenden Absatzes" hieß es. Auf gut Deutsch bedeutet das; daß der Absatz nicht gestiegen ist. Um aber trotzdem den Profit steigen zu lassen, sollte bei den Löhnen gespart werden, bei gleichzeitigem Leistungsdruck auf den Rest der Belegschaft. Ein Teil der Kündigungen konnte verhindert werden. Gehen mußten trotzdem 50 Gastarbeiter und 40 verheiratete Frauen. Ob das die erste "Umsetzung" von Benyas Worten in die Tat ist? Benya erklärte bekanntlich (siehe auch Artikel in diesem Heft dazu), daß gekündigte Gastarbeiter und Hausfrauen, die ihre Arbeit eh nur als "Nebenverdienst" betrachten (als ob sie zu Hause einen "Hauptverdienst" hätten), die Arbeitslosenstatistik wenig verunstalten würden.

## Transportbeton, Simmering

Drei Tage streikten die 60 Arbeiter dieses Baubetriebs für die Beseitigung innerbetrieblicher Mißstände. Die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter hat den Streik und die berechtigten Forderungen der Belegschaft unterstützt. Der Streik konnte erfolgreich beendet werden.

## Bautischlerei Hanzel

Seit langem forderte die Belegschaft dieses Betriebes in Wien Margareten die Erhöhung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes. Der Unternehmer sagte Nein. Daraufhin wurde Mitte Jänner von der Belegschaft der Streik-Beschluß gefaßt. Nach zwei Tagen Streik wurden die Forderungen erfüllt und die Zeit, in der gestreikt wurde, von der Firma allen Arbeitern bezahlt.

Interessant ist der Versuch des "Kurier", diesen Streik zum Anlaß zu nehmen, um die in- und ausländischen Arbeiter zu spalten (im Betrieb gibt es viele jugoslawische Gastarbeiter). Der "Kurier" kam mit der Behauptung heraus, daß im Gegensatz zu den österreichischen Kollegen die Ausländer vom ÖGB keine Streikunterstützung erhalten würden. Was natürlich nicht stimmt.

Wenn die bürgerliche Presse schon einmal über einen Streik in Österreich berichtet - was fast nie vorkommt -, dann auch nur zum Zwecke der Verwirrung.

## Köflach

90 Beschäftigte - hauptsächlich Frauen der Kleiderfabrik Wittke wurden gekündigt. Die westdeutsche Mutterfirma ist angeblich in Konkurs gegangen. Ebenso wurden in der Köflacher Schuhfabrik, die einem US-Konzern gehört, 21 Kollegen abgebaut, nachdem bereits zu Weihnachten eine größere Anzahl Kollegen gekündigt worden war.

Das Auslandskapital läßt sich von der öffentlichen Hand subventionieren, macht eine Zeitlang fette Profite und verschwindet wieder, um woanders das gleiche zu wiederholen.

## Schmid & Söhne, Wilhelmsburg

520 Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Metallbetriebes bei St. Pölten haben ihren Arbeitsplatz verloren. Die Firma

ist in Konkurs gegangen. Natürlich nur die Firma und nicht die Familie Schmid: sie besitzt eine Reihe anderer Betriebs-bzw. Aktienanteile (so z.B. das Stahlwerk Ybbs).

Seit Mitte Dezember wurden vom Unternehmer keine Löhne mehr bezahlt. Das Sozialministerium hat für Jänner 80% der Lohnkosten übernommen. Dann wurde zugesperrt.

Ein hübsches Beispiel für "Wir sitzen alle im selben Boot"!

## Kurier

Erstmals gab es bei einer großen Zeitung eine Betriebsversammlung aller drei Beschäftigtengruppen. Druckarbeiter, Zeitungsangestellte und Journalisten, ihre Vertreter und die Vertreter der zuständigen Gewerkschaften sprachen sich einhellig gegen die geplante Zusammenlegung von Kurier und Kronen-Zeitung aus.

Die drohende Zeitungskonzentration wurde als tödlich für die ohnehin schwer angeschlagene Pressefreiheit bezeichnet und abgelehnt. Bisher ist es den Zeitungsbonzen noch immer gelungen, eine Sondersitzung von Journalisten und Druckereiarbeitern zu verhindern (siehe Fusionierung Express-Kronen-Zeitung). Diese Betriebsversammlung, an der 800 Kollegen teilgenommen hatten, scheint den Presseherrn in die Knochen gefahren zu sein: 2 Stunden später wurden die Verhandlungen mit der Kronen-Zeitung vom Kurier abgebrochen.

**MIT EINEM FINGER KANN MAN DRAUFZEIGEN -**



**MIT FÜNF ZUPACKEN!**

# „K. u. K.“-Sozialpartnerschaftsges.m.b.H.

Die Vereinigung von "Kurier" und "Kronenzeitung", die nun kurzfristig aufs Eis gelegt wurde, ist im Zuge der Pressekonzentration nur das Tüpfchen auf dem i. In den letzten Jahren verschwanden von der Bildfläche das "Neue Österreich", der "Bildtelegraph", der "Express", das "Volksblatt", die "Weltpresse" usw. Von den übrig gebliebenen Zeitungen sind die meisten miteinander eng verflochten. Der von Industriellen, ÖVP-Wirtschaftsbund und Katholischer Preßverein beherrschte Medienverband rund um den "Kurier", umfaßt "Profil", "Trend", "Kleine Zeitung", "Wochenpresse", "Kurier" und noch einige Bezirkszeitungen. "Die Presse" ist Eigentum des Wirtschaftsbundes und deshalb auch zu dieser Gruppe zu zählen. Die Kronenzeitung ist durch geheimnisvolle Kanäle finanziell an den ÖGB gebunden. In Ostösterreich umfassen diese Blätter und die "Kronenzeitung" mehr als 90% der Zeitungsleserschaft. Schon vor der ins Haus stehenden Vereinigung von "Kurier" und "Kronenzeitung" (geplant ist vorerst gemeinsamer Vertrieb, Minderheiten- und Gemeindebeteiligung) gibt es in Österreich ein in Westeuropa fast unvergleichbares Presseimperium.

Das Treiben auf dem österreichischen Zeitungssektor zerstört sicherlich Illusionen bei einigen gutgläubigen Verfechtern der "pluralistischen" Gesellschaft. Bei uns entsteht also ein Meinungsmonopol und das bringe uns so in unmittelbare Nähe zu totalitären Staaten. Dieser Ansicht ist zu entgegen, daß niemals die formal unabhängigen Blätter wirklich grundsätzlich unterschiedliche Standpunkte vertraten. Abgestimmt auf den jeweiligen Leserkreis, auf den jeweiligen Geldgeber, verfechten sie alle dasselbe Ziel, nämlich Erhaltung der Grundfesten des kapitalistischen Systems und Kampf gegen die das System in Frage stellenden Kräfte. Alle Boulevardzeitungen waren sich trotz ihrer unterschiedlich konzipierten Preisausschreiben einig, soziale Auseinandersetzungen der Arbeiter- und Angestelltenschaft in Österreich entweder total zu verschweigen oder sie verfälscht darzustellen. Die seit Ende der sechziger Jahre sich verschärfenden Klassenkämpfe in Westeuropa werden in allen Zeitungen mit Worten wie "Chaos", "nationales Unglück",

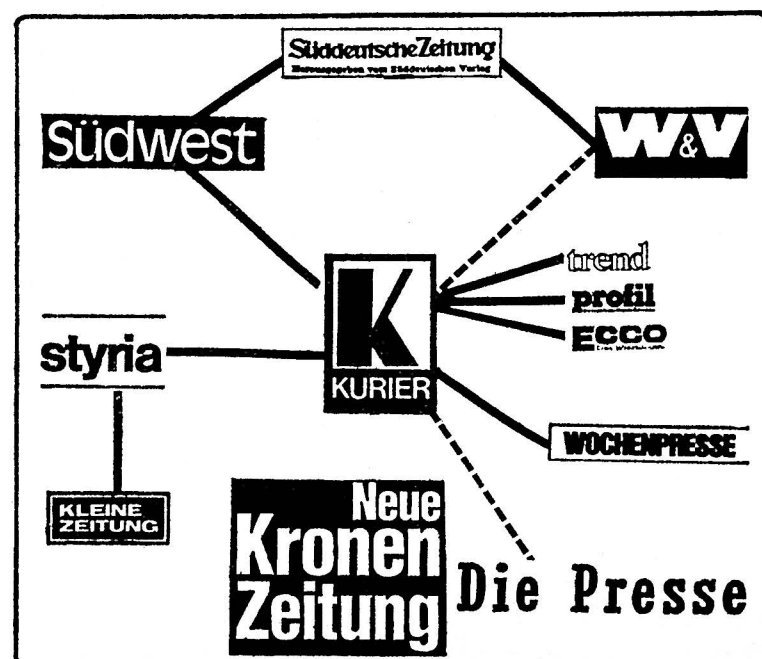
"Streiks führen das Land in die Katastrophe", belegt.

Die in den letzten Wochen in die Öffentlichkeit gedungenen Informationen über Zeitungskonzentrationen sind nur ein dramatischer Höhepunkt einer Entwicklung, die schon lange zurückreicht. Die kapitalistische Form der technischen Entwicklung führt in allen Wirtschaftsbereichen zu Monopolen. Die Verfügung über Produktionsmittel und damit auch der Meinungsmache wird in noch weniger Hände gelegt. Immer weniger Kapitalisten bemächtigen sich eines immer größeren Einflusses über die gesellschaftliche Entwicklung.

Neben diesen ökonomischen Zwängen zur Fusionierung spielen beim Versuch des Zeitungszusammenschlusses auch politische Momente eine Rolle. Viel mehr als in anderen Staaten ist das Kapital in Österreich wegen seiner Schwäche gezwungen, die Organe der Arbeiterschaft mittels Sozialpartnerschaftseinrichtungen an sich zu binden. Je stärker die Zukunft für die kapitalistische Gesellschaft nichts Gutes verheißt, desto mehr ist es für das Kapital notwendig einen Ausgleich mit den Spitzen der die Arbeiter vertretenden Organe zu finden. Dieser Ausgleich bringt für die Arbeiter nicht viel anderes, als wieder den Gürtel enger zu schnallen. Die Aufgabe des zukünftigen Kronen-Kurier liegt darin, das den Arbeitern nicht bewußt werden zu lassen. Es könnte ja

der Fall eintreten, daß in Krisenzeiten die Arbeiter radikalere Töne anschlagen, dies irgendwie auf den ÖGB abfärbt und so indirekt auch die Kronenzeitung davon etwas abbekommt. Die Minderheiten und Gewinnbeteiligung und andere Formen der Verflechtung der "K. u. K."-Zeitungen sollen dem einen Riegel vorschieben und garantieren, daß sich die zukünftigen Berichterstattungen nicht von der heutigen unterscheiden.

Von verschiedenen Seiten sind Vorschläge zur Abwehr der Bildung solcher Monopole unterbreitet worden. Sie offenbaren meistens eine unglaubliche Naivität gegenüber der kapitalistischen Realität. Die Forderung nach Verankerung einer tatsächlichen redaktionellen Autonomie setzt voraus, daß die Geldgeber der Zeitungen selbstlose Philantropen sind, die nicht wissen, was sie mit ihrem Geld machen sollen und es deshalb der Verfügung irgendwelcher Schreiber übertragen. Die Forderung nach Antikonzentrationsgesetzen wird sich bald an den kapitalistischen Gesetzen der Konzentration festfahren. Auch bei staatlicher Presseförderung wird es höchstens mehr Zeitungen geben, daß aber eine Zeitung mit anti-kapitalistischer Ausrichtung staatlich gefördert werden soll kommt der Annahme der Herrschenden als Masochisten und Selbstmördern gleich. So wichtig es für Linke ist, Veränderungen unter den Herrschenden zu beobachten, so falsch ist es (außer in Zeiten einer





faschistischen Bedrohung), die Forderungen einer bürgerlichen Gruppe gegen eine andere bürgerliche Gruppe zu unterstützen. Im Zusammenhang mit den Ereignissen auf dem Zeitungsmarkt kristallisieren sich zwei Fragen heraus, die von Linken als Forderungen aufgegriffen werden sollen:

1) die gemeinsame gewerkschaftliche Erfassung von Druckereiarbeitern, Zeitungs-

angestellten und Journalisten  
Gemeinsame Kämpfe zur Sicherung und Verbesserung der materiellen- und Arbeitsbedingungen und zur Verhinderung der Herausgabe besonders arbeiterfeindlicher Artikel haben mehr Erfolgsaussichten, wenn die Unternehmer nicht eine Lohnabhängigenkategorie gegen eine andere ausspielen können. Bisher waren die bei Zeitungen tätigen Arbeiter und Angestellten in drei verschiedenen Gewerkschaften organisiert.

2) Offenlegung der Eigentumsverhältnisse und der Finanzierungsformen der Zeitungen

Mit Hilfe von Strohmännern und fiktiven Gesellschaften können auch dann die wirklichen Hintermänner der Zeitungen verdeckt werden, aber der Kampf zur Durchsetzung dieser Formel kann einiges zur Entschleierung der "Unabhängigkeit" der Boulevardzeitungen beitragen.

## Der „reale“ Sozialismus und die Linke

Demonstrieren die Linken in Österreich gegen den Terror in Südvietnam, Persien, Griechenland, Chile oder im eigenen Land, so stoßen sie bei der Mehrheit der Bevölkerung auf Unverständnis: "Warum werden nicht auch Protestaktionen gegen die totalitären Strukturen in den nichtkapitalistischen Staaten des Ostens durchgeführt?"

Es gibt verschiedene Gründe, die es den Linken im Westen erschweren, vorurteilsfrei zu den sogenannten sozialistischen Staaten Stellung zu beziehen. Sie müssen gegen eine Mauer von Verdrehungen und Verfälschungen ankämpfen, die von den bürgerlichen Medien über die Oststaaten und die Theorie des Sozialismus verbreitet werden. Wenn die bürgerlichen Medien Kritik an anderen Gesellschaftsordnungen üben, so wollen sie damit ausschließlich die Überlegenheit des kapitalistischen Systems aufzeigen.

### L.

Die KPÖ leistet leider zu einem gewissen Teil diesem Antikommunismus Vorschub. Sie ordnet sich in allen ihren Handlungen der Raison der SU unter. Sie setzt Sozialismus mit der SU gleich und sieht es deshalb als ihre Aufgabe immer huldvollere Lobpreisungen der SU vorzutragen. Die Fehlentwicklungen in der SU sind zu offensichtlich, um dieses Modell der österreichischen Arbeiterklasse als attraktiv anzupreisen. Die KPÖ wird mit einer solchen Politik nicht nur stagnieren. Sie kann dadurch eine zukünftige allgemeine Linksentwicklung hemmen.

Denn ihre Gleichsetzung SU = Sozialismus macht es der bürgerlichen Meinungsmache nicht schwer, somit jede Art von sozialistischer Entwicklung zu verunglimpfen.

### 2.

Andere linke Gruppen sind zwar den Oststaaten kritisch gegenüber eingestellt. Sie wollen aber damit nicht zu sehr an die Öffentlichkeit treten. Sie wollen sich in ihren Aktionen nicht verzetteln, und da die Situation der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten entscheidender vom Kapital beeinflusst wird als von den Oststaaten, sei der Schwerpunkt im Kampf gegen das Kapital zu setzen. Weiters sei der Manipulationsapparat des Bürgertums so mächtig, daß er auch jede linke Kritik an den Oststaaten zu einem anti-kommunistischen Süppchen umbiegen könne.

In allen diesen vorgebrachten Argumenten steckt ein wahrer Kern, es liegt deshalb nicht nur an der "bösen" Absicht oder am subjektiven Versagen, weshalb die praktische Haltung der Linken zu den Oststaaten unbefriedigend widersprüchlich ist.

Trotzdem halten wir eine kritische Auseinandersetzung mit den Vorgängen in den sogenannten sozialistischen Staaten für notwendig. Nicht nur, um selbst glaubwürdiger zu werden, auch nicht nur, um uns in dieser Frage aus einer Defensivposition zu befreien. Die Linken in den industrialisierten kapitalistischen Staaten tragen

eine Verantwortung für die Entwicklung in den Oststaaten. Indem sie bislang scheiterten, in ihren Ländern soziale Umwälzungen zu initiieren, ist die SU in eine Isolation getrieben worden, aus der viele ihrer Deformationen erklärt werden können. Das Schicksal der Oststaaten ist im starken Maße abhängig vom Ausgang der Klassenkämpfe in den kapitalistischen Staaten.

Leute sind immer weniger allein dadurch mobilisierbar, daß es ihnen schlecht geht, sie wollen wissen, welche Alternativen es zum Jetzt gibt. Bei der Beantwortung dieses Problems können wir sicherlich nicht ein ganz konkretes Sozialismusbild anbieten. Wir können es aber in Grundzügen angeben und das wird in vielen Punkten in Widerspruch zur Wirklichkeit in den Oststaaten geraten. (Siehe dazu genauer: "Grundzüge der Politik der FÖJ - Bewegung für Sozialismus")

Die "Sorge" der bürgerlichen Meinungsmache um die sowjetischen Dissidenten ist nicht wirklich ernst zu nehmen. Die Politiker und Journalisten, die die Greuel der Amerikaner und der Thieu-Clique in Vietnam zu beschönigen versuchten, oder die den faschistischen Putsch in Chile indirekt verteidigten, ist jedes Recht abzusprechen sich über undemokratische Zustände in den Oststaaten zu mokieren. Solschenyzin und Sacharow eignen sich sehr gut als Verbündete des Westens (linke "Dissidenten"kreise, wie Medwedew in der SU, die "Praxis"-Gruppe in Jugoslawien und der "Lukacs-Kreis" in Ungarn werden in unseren Zeitungen mehr oder weniger verschwiegen). Sie verloren jeden vernünftigen Maßstab zur Beur-

teilung des Weltgeschehens. Sie sehen in der USA den Gralshüter der Demokratie, sie unterscheiden kaum zwischen faschistischen Strukturen und der Situation in der SU, der Nazismus sei harmloser als der Stalinismus gewesen, und im Gegensatz zur GPU sei die Gestapo um Wahrheitsfindung bemüht gewesen ("Spiegel" 7.1.1974). All dieser reaktionäre Unsinn enthebt uns nicht der Pflicht die Methoden anzuprangern, mit welchen oppositionelle Meinungen in den Oststaaten kriminalisiert und bekämpft werden. Es ist nicht notwendig, mit den Ansichten der "Dissidenten" übereinzustimmen, um deren Recht auf Meinungsäußerung zu verteidigen. Es ist eine grundsätzliche Frage, daß die Äußerung von

Meinungen nicht Gegenstand von Bestrafung sein darf.

Der Sozialismus stellt eine Erweiterung (und nicht eine Einschränkung) der Demokratie gegenüber dem Kapitalismus dar. Mißtraut man der Mehrheit der Bevölkerung, so ist man gezwungen Meinungsverschiedenheiten mit Hilfe des staatlichen Gewaltapparates zu lösen, sieht man aber in der Arbeiterklasse den Träger der geschichtlichen Entwicklung im Sozialismus, so wird man aus der offenen Auseinandersetzung unterschiedlicher Standpunkte nichts zu befürchten haben. Äußerungen von Ansichten in eine Zwangsjacke zu stecken, widerspricht dem kritischen Selbstverständnis des Marxismus.

-h.st.-

## Streik mit Unte

Streik-Management wird zum Pflichtfach für deutsche Betriebsleitungen. Weil die Kenntnisse von Vorstellungen, wie das Kapital einem Streik vorbeugen, ihn abwürgen, unterlaufen, den Streikbruch organisieren will, nützlich ist, hier die (gekürzten) Resultate eines Seminars des Managements Instituts Hohenstein:

1. Die Streikbereitschaft der Arbeitnehmer nimmt ab, wenn sie über die Geschäftspolitik des Unternehmens informiert sind. Die Aufklärung von Seiten des Managements darf aber

## LIP-Streik beendet

### Die Forderungen der Belegschaft weitgehend erfüllt

Die Vorgeschichte ist bekannt:

Aufgrund des Anschlusses der französischen Uhrenfabrik LIP an den multinationalen, in der Schweiz ansässigen, Uhrenkonzern "Ebauches" werden zunächst die Arbeitsbedingungen der Uhrenfabrik verschlechtert. Als erste Rationalisierungsmaßnahme will Ebauches LIP in einen reinen Zulieferbetrieb verwandeln. Als die Arbeiter dagegen auftraten, wollten die Unternehmer zusperrern.

Die offensive Antwort der Belegschaft von LIP war die Besetzung des Betriebes. Der Betrieb wurde in Eigenverantwortlichkeit der Arbeiter und Angestellten übernommen. Die KP-Gewerkschaft CGT will schon nach kürzester Zeit den Konflikt sozialpartnerschaftlich kanalisieren und ruft im Oktober die Arbeiter und Angestellten zu einer Beendigung des "Streiks" auf. Damals hatte die Regierung einen Schlichtungsplan vorgelegt, der allerdings auch Entlassungen vorsah.

Die Arbeiter bestimmten während dieses aktiven Streiks nicht nur über alle Maßnahmen des Arbeitskampfes, sondern auch über die der Produktion und des Verkaufes. Der Streik wurde von

der CFDT allerdings als eine Art Lernprozeß für die Arbeiter und Angestellten geführt. Einmal mehr bewies sich, wie überflüssig die Kapitalisten für den Ablauf der Produktion sind.

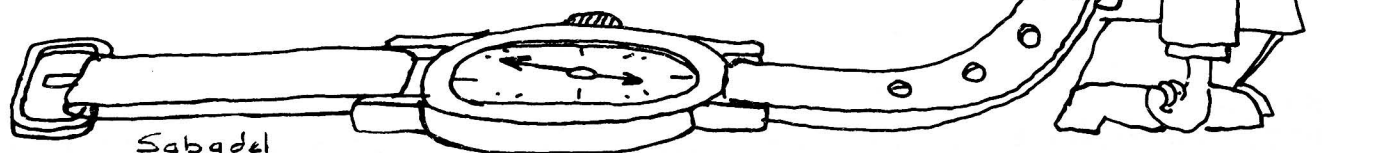
Die Durchsetzung des LIP-Modells ist aber im herrschenden Gesellschaftssystem nicht denkbar. Daher wurde diese Form des Streiks auch nicht als Arbeiterselbstverwaltung, sondern als Selbstverteidigung bezeichnet.

Obwohl bewaffnete Gendarmerie die LIP-Werke stürmte, gelang es den Arbeitern, ihren aktiven Streik weiterzuführen. Sie hatten bereits vorher die wichtigsten Produktionsmittel an einen geheimen Platz verlagert und konnten so die Produktion aufrechterhalten. Nahezu die gesamte Belegschaft unterstützte in jeder Phase des Kampfes dessen militante Form. Zu den täglichen Vollversammlungen erschienen nie unter 300-400 Arbeiter und Angestellte. Sämtliche Verhandlungen mit den Repräsentanten des bürgerlichen Staates wurden öffentlich geführt. Die Arbeiter und Angestellten schlossen sich zu diversen Arbeitsgruppen zusammen, die über Fragen der Produktion, des Streiks etc. diskutierten.

Dies ermöglichte eine aktive Beteiligung jedes einzelnen und hat zum Kampfwillen der Belegschaft entscheidend beigetragen.

Der jetzt ausgehandelte Kompromiss erfüllt die Forderungen der Belegschaft vor allem wird es keinerlei Entlassungen geben. Einmal mehr hat sich gezeigt, daß die Arbeiterklasse ihre Forderungen dann durchsetzen kann, wenn sie konsequent und organisiert auftritt. Einmal mehr hat die Arbeiterklasse gezeigt, daß sie ihre Forderungen vor allem durchsetzen kann, wenn sie sich nicht von reformistischen Parteien gängeln läßt, sondern die Durchsetzung ihrer Interessen in ihre eigenen Hände nimmt. Und darin liegt auch die Bedeutung dieses Arbeitskampfes. In der Form, wie der Kampf durchgeführt wurde, ließen sich Ansätze einer sozialistischen Demokratie erahnen.

- rp -



# rnehmeraugen

nicht erst dann einsetzen, wenn mit einem Streik gerechnet wird.

2. Je nach der Beteiligung der Belegschaft am Streik müssen die Anlagen mit einer geringeren Auslastung gefährden werden. Der Einsatz von fachfremden Aushilfspersonal erfordert besondere Vorbereitungen. Produktionsarbeiten können eventuell in nicht bestreikte Betriebe des Unternehmens verlegt oder als Lohnaufträge vergeben werden.

3. Die Entscheidungsbefugnis über die Abwehrmaßnahmen während des Streiks liegt bei einem Team der Werkleitung. Das Streikbüro muß telefonisch ausreichend ausgestattet sein: mehrere Telefonanschlüsse, Vervielfältigungsgeräte, Tonband, Fernsprecher und Bargeld sind erforderlich. Im Streikbüro ist Vorsorge für Schlafgelegenheiten und Verpflegung getroffen. Außerhalb des Werksgeländes liegt ein zweites Streikbüro, das die Werkleitung benutzt, wenn sie am Betreten des Werksgeländes gehindert wird.

4. Erfolg oder Mißerfolg der betrieblichen Streikabwehr hängt unter Umständen davon ab, ob es gelingt, den Zugang zum Werksgelände offenzuhalten! Improvisierte Zugänge zum Werksgelände erleichtern den Arbeitswilligen den Weg in den Betrieb. Die mit der Offenhaltung der Werkstore beauftragten Personen sollten über die strafrechtlichen Grenzen des Streikrechts informiert sein. Mit den zuständigen

Polizeidienststellen muß rechtzeitig Verbindung aufgenommen werden.

5. Eine lückenlose Dokumentation über den Ablauf des Streiks ist im Hinblick auf etwaige Schadensersatzprozesse und Strafverfahren dingend erforderlich.

6. Wichtig ist die ständige Information der Arbeitswilligen und Streikenden: Flugblätter, persönliche Ansprachen und Plakate informieren die Mitglieder der Belegschaft zu jedem Zeitpunkt. Pressemeldungen und Mitarbeiterbriefe über die Auswirkungen des Arbeitskampfes informieren auch deren Familienangehörige.

7. Es ist Vorsorge zu treffen, daß die betrieblichen Wohnheime nicht Mittelpunkt gewerkschaftlicher Agitation werden.

8. Betriebsratsmitglieder sollen auf ihre Neutralitätspflicht hingewiesen werden. Die Art der Streikbeteiligung der Betriebsratsmitglieder ist zu überprüfen. Die betriebliche Informationsarbeit zielt darauf ab, den Betriebsrat auf die Interessensgegensätze hinzuweisen, die sich aus seiner Stellung und den Zielen der Gewerkschaft ergeben.

Ja, ja, die Seminarsprache der Unternehmer ist eine wirklich feine. Aber was z.B. die "Verbindung mit den zuständigen Polizeidienststellen" oder die "Information der Familienangehörigen" in der Praxis bedeutet, davon können niedergeknüppelte Streikposten und mit allen Mitteln unter Druck gesetzte Arbeiterfamilien ein Lied singen.

hohen Rüstungsausgaben verschärften die chronischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten, das Pfund mußte wiederholt abgewertet werden. Bedeutende Teile der Industrie sind in der Hand ausländischen Kapitals. 50% der Autoindustrie, 80% der Computerherstellung, 90% des Landmaschinenbaus werden von US-Monopolen kontrolliert. Kurz, der englische Kapitalismus steckt in einer permanenten strukturellen Krise.

Die Regierung Heath entwarf ein Sanierungsprogramm, und wie bei jeder kapitalistischen Sanierung sollen die Arbeiter und Angestellten den Löwenanteil bezahlen. Die Mittel dazu sind eine staatliche Einkommenspolitik, Realisierung der Massenkaukraft, Kürzung der Staatsausgaben beim Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungswesen, was eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft bedeutet.

Den Widerstand der Arbeiterklasse wollte man mit dem schon unter der sozialdemokratischen Labor-Regierung geplanten, aber erst unter der konservativen Regierung Heath realisierten "Gesetz über Arbeitsbeziehungen" brechen. Der "Industrial Relation Act" trat im Februar 1972 in Kraft. Die Gewerkschaften sollten an die Kandare genommen, registriert, für ihre Mitglieder verantwortlich gemacht, also jede direkte Aktion einer Belegschaft und ihrer unmittelbaren Interessensvertreter, der Shop-Stewards ausgeschaltet werden. Die Unternehmer sollten die Möglichkeit erhalten, "Streikschäden" bei Gericht einzuklagen. Das einmal angelegte und akzeptierte Zaumzeug war als der wirksamste Schutz des britischen Kapitals vor der "Maßlosigkeit" der Arbeiter gedacht.

Die große Mehrheit der Gewerkschaften weigert sich bis heute, sich diesem Gesetz zu unterwerfen. Der letzte Jahreskongreß des Dachverbandes TUC im September 1973 in Blackpool lehnte die Registrierung erneut ab. Die durch die hohe Inflationsrate (mit der Preiskontrolle der Regierung war es natürlich nicht weit her) in ihrem Lebensstandard gefährdete Arbeiterklasse kämpft mit zunehmender Vehemenz gegen den Versuch der Regierung, alle Lasten auf sie abzuwälzen. (Dieser Standard ist außer in Südostengland längst niedriger als in vergleichbaren EG-Räumen). In den Streiks der Auto-

## England ohne Nebel

Die Zeitung mit und die Zeitung ohne Format sind sich einig: Gott bewahre Österreich vor der englischen Krankheit. Geimpft wird der Österreicher mit einer wie in einer tibetanischen Gebetsmühle immer wiederkehrenden Lektion: 3-Tage-Woche in der britischen Industrie, Millionen Arbeitslose werden als Resultat maßloser Forderungen und ihrer Kampfkampagnen dargestellt.

Die britische Wirtschaft ist aber nicht erst seit der letzten Streikwelle in

Schwierigkeiten. Sie weist seit vielen Jahren niedrige Wachstumsraten als die anderen westeuropäischen Länder auf. Das englische Kapital investiert mit Vorliebe im Ausland, weil es dort höhere Profite erwartete. Die niedrige Investitionsquote im Inland führte zu einer zunehmenden Überalterung der britischen Industrieanlagen, die Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt litt entsprechend darunter. Längst nicht mehr Weltmacht, betrieb Großbritannien noch immer Weltmachtspolitik. Die

Fortsetzung auf Seite 16



industrie, chemischen Industrie, Eisenbahner und Bergarbeiter werden mehr und mehr Lohnforderungen mit Kontrollforderungen verbunden.

Das englische Kapital scheint jedoch in einer Kraftprobe reinen Tisch machen zu wollen. Eine von der Regierung angeordnete 3-Tage-Woche für die Industrie ohne Rückendeckung durch das Kapital wäre undenkbar und daß die Energiekrise ein gigantischer Bluff der großen Ölkonzerne ist, wird immer offensichtlicher. Übrigens, ein Drittel der Wirtschaft war von vornherein nicht von der 3-Tage-Woche erfaßt, die betreffenden Industrien arbeiten an den Stromtagen mit 3 Schichten, alle Ausbesserungen, Aufräumarbeiten etc. werden an den stromlosen Tagen vorgenommen. Fazit: die Produktivität stieg, gleichzeitig wurde Druck ausgeübt auf die Bereitschaft zu Kampfaktionen, die Arbeiter ohne Garantie-

lohn, die schwächeren Teile der Arbeiterschaft gerieten in eine schwierige Lage.

Überhaupt setzt Heath auf Klassenspaltung. Der Vorschlag an die Bergarbeitergewerkschaft anlässlich der Urabstimmung über den Totalstreik Anfang Februar bei der Lohnerhöhung für die Bergarbeiter über den monatlich fixierten Rahmen von 16% hinauszugehen hatte kein anderes Ziel. Denn gleichzeitig sollten andere Teile der Arbeiter und Angestellten sich mit entsprechend weniger zufrieden geben, sodaß der Summe nach der Rahmen gewahrt bliebe. Heath meinte noch jovial, das könnten die Gewerkschaften untereinander ausmachen.

In den Klassenkämpfen wächst das Klassenbewußtsein. Die Linke gewinnt an Einfluß in den Gewerkschaften, der Antikommunismus verliert an Boden. Aber anders als in Frankreich, wo je-

der große Klassenkampf sofort die revolutionäre Tradition der französischen Arbeiterklasse anspricht und die grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Strukturen auf die Tagesordnung setzt, verhindert in England die Tradition einer seit Jahrhunderten intakten bürgerlichen Demokratie, das Fehlen einer großen marxistischen Arbeiterbewegung, die Zersplitterung der Gewerkschaften, der Opportunismus der Labour-Party bisher die wirksame Formulierung einer grundsätzlichen politischen Alternative.

Inzwischen probt in Irland das englische Berufsheer den Bürgerkrieg, wird in der englischen Presse schon offen über eine zukünftige Rolle der Armee in sozialen Konflikten im Mutterland spekuliert, schleust, wie die "Times" meldet, der CIA seine Agenten in die Gewerkschaften ein. Wo die Presse spekuliert...

- pk -

---

# Internationale Nachrichten

---

## Chile

### WEITERE GEWALTMASSNAHMEN DER JUNTA

Die Junta verhaftete im Jänner weitere 700 Personen. Unter ihnen befindet sich einer der Führer der MIR, Bautista van Schouwen sowie der ehemalige Vorsitzende der Verteilungszentrale der Volksfrontregierung, General Bachelet. Auch andere Militärs, die oppositionell der Junta entgegenstehen, wurden verhaftet, insgesamt etwa 350 Unteroffiziere, gab das Zentralsekretariat der MIR bekannt.

### GELBE GEWERKSCHAFT IN CHILE

Nach dem Putsch hatte die chilenische Militärjunta alle Gewerkschaftsfunktionäre, deren sie habhaft werden konnte, in den Kerker geworfen und den Gewerkschaftsbund (CUT) verboten.

Jetzt versuchen die faschistischen Machthaber, mit Hilfe einiger gekaufter Elemente, eine sogenannte Gewerkschaft zu gründen. Ihre Leitung wurde von der Junta eingesetzt und besteht aus pensionsberechtigten Beamten. Das Koalitions- und Streikrecht wurde aufgehoben.

Die nationale Leitung des illegalen Gewerkschaftsbundes CUT macht in einer Erklärung auf diese Tatsache aufmerksam und appelliert an alle Arbeiter der Welt sich nicht täuschen zu lassen.

Diese "Einheitsföderation der Arbeiter", wie sich die gelbe Gewerkschaft nennt, werde wahrscheinlich versuchen, mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung Kontakte herzustellen und die verschiedensten Bemühungen unternemen, ihre Haltung rechtfertigen und für ihre Tätigkeit Unterstützung zu finden.

Diese Versuche müssen von allen Gewerkschaftsorganisationen entschieden zurückgewiesen werden. Mit den Henkern und Kerkerknechten der chilenischen Arbeiterklasse kann es keinerlei gewerkschaftliche Beziehungen geben.

(Aus "die alternative", Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit, Heft 3, März 1974)



## Bolivien

### BOLIVIANISCHE LANDARBEITER GEGEN UNHALTBARE LEBENSBEDINGUNGEN

Ende Jänner verfügte die bolivianische Regierung eine durchschnittliche Preissteigerung von über 60 %. Die Arbeitnehmer erhalten dafür als Teuerungsabgeltung einen einmaligen Zuschlag von nicht ganz öS 400, --. Schon vor der Preiserhöhung hatten die Gewerkschaften als Ausgleich für die anhaltende hohe Inflation eine Lohnanpassung um mindestens 100 % gefordert.

Die bolivianische Arbeiterklasse reagierte massenhaft mit großen Streiks (Minenarbeiter, Industriearbeiter, Bauarbeiter, Bank und Handelsangestellte). Vor allem aber die Landarbeiter, die in Bolivien 70 % der arbeitenden Bevölkerung ausmachen, wehrten sich vehement gegen diesen neuen Angriff der Junta.

Der Verbrechergeneral Banzer scheute sich nicht, das Militär zu Aktionen gegen die Landarbeiter einzusetzen. Die Landarbeiter setzten aber trotzdem ihre Aktionen fort und besetzten eine Rundfunkstation. Über diese Station verkün-

deten sie ihre Forderungen:

Banzer möge zu ihnen kommen, um mit ihnen über die sofortige Beendigung des Terrors, mit dem die Militärjunta ihre Macht aufrechterhält, und über die Rücknahme der Preissteigerungen zu verhandeln.

Die Antwort der Junta: eine riesige Verhaftungswelle, zahlreiche Tote und Verletzte und die Ausrufung des Notstandes.

## Spanien

### TERRORURTEILE

Am Tag des Attentats auf den spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco begann der Prozeß gegen den legendären Organisator der illegalen Arbeiterkommissionen, Marcelino Camacho und weitere neun Angeklagten.

Am Tag der Beisetzung Blancos wurde der erwartete "Schuldspruch" gefällt und das Urteil verkündet: Gefängnisstrafen zwischen 12 und 20 Jahren! Anklage wurde erhoben wegen eines gewerkschaftlichen Treffens der "Zehn" am 24. Juni 1972, dem umstürzlerische Zwecke untergeschoben wurden. Unter den Angeklagten befand sich auch ein Arbeiterpriester, der angab, während seines Verhörs gefoltert worden zu sein.



Camacho sagte, daß er für ein Recht das in Westeuropa zu den Grundrechten gehört, nämlich das der gewerkschaftlichen Organisation, verurteilt wurde.

Ramsey Clark, ehemaliger Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten, war als Beobachter bei dem Prozeß anwesend. Er entlarvt in einem Artikel in den "New York Times" von 11. Jänner 1974 den Prozeß gegen die Zehn als Justiz-Farce und stellt die Frage nach der Rolle seines Landes in Francos Spanien:

"Wann werden die Verantwortlichen für unsere Außenpolitik endlich begreifen, daß der Frieden nicht durch militärische Flugzeugbasen in der Nähe Madrids und durch die internationalen Profite aus der billigen spanischen Arbeit gesichert werden kann, sondern nur durch die Achtung und Festigung der fundamentalen Menschenrechte für alle Völker?"



## BRD

### FORD UND OPEL

In den spontanen Streiks bei Opel, Ford und anderen Betrieben der deutschen Metallindustrie im Frühjahr und Sommer 1973 waren Kampfforderungen, die sich auf die Arbeitsbedingungen bezogen (Verlangsamung des Arbeitstempos, Urlaubsregelung), fast ausschließlich von ausländischen Arbeitern ausgegangen. Sie stellen die große Mehrheit der Bandarbeiter. Die klassenspalterische Taktik der Unternehmer, durch Bezahlung einer Teuerungszulage die deutschen Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit, zum Streikbruch zu bewegen, ging nicht zuletzt deshalb auf, weil die Gewerkschaft eine Unterstützung dieser "wilden" Streiks ablehnte. Die ausländischen Arbeiter, ohnehin von einer schwierigen, diskriminierenden Position aus kämpfend, wurden isoliert.

### METALLINDUSTRIE

Ein im Herbst in der Metallindustrie Baden-Württembergs gewerkschaftlich geführter Arbeitskampf illustriert eine internationale Tendenz. Über die unmittelbare Lohnfrage hinaus werden zunehmend Fragen der Organisation

der Arbeit Ziel der Aktion. 89% der gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter entschieden sich in einer Urabstimmung für folgende Forderungen zu streiken:

1. Kündigungsschutz und Verdienstab-sicherung für ältere Arbeiter.
2. Für Akkordarbeiter jede Stunde eine Pause für 6 Minuten und weitere 3 Minuten für persönliche Bedürfnisse.
3. Ein Mindestverdienst von 140% des Grundlohnes für Akkordarbeiter; Arbeitstakte bei einzelnen Verrichtungen dürfen nicht kürzer als 1 1/2 Minuten sein.
4. Statistische Ungenauigkeiten bei der Ermittlung von Arbeitsvorgabezeiten sollen nicht mehr durch Mittelwerte neutralisiert werden, sondern durch den für die Arbeiter jeweils günstigen Wert zu Lasten des Arbeitgebers gehen.

### BÜRGERKRIEGSÜBUNG DER POLIZEI GESCHEITERT

Nach der verbotenen Demonstration am 9.1.1974 gegen Todesurteile in Teheran riefen zahlreiche linke Organisationen am Samstag, dem 12.1. zu einer Demonstration auf. Diese Demonstration wurde erneut verboten. Reza Pahlevi, dieses Goldene Kalb der Außenpolitik der BRD, dem die Neue Linke ihr erstes Todesopfer zu verdanken hat (anlässlich einer Anti-Schah-Demonstration in Westberlin wurde Benno Ohnesorg von einem Polizeibeamten erschossen), und die Bundesregierung sind nicht bereit, sich beim Ausbau der Bonn-Teheran-Achse durch Demokraten stören zu lassen.

"Das Schah-Regime ließ - nach eigenen Angaben! - allein in den letzten drei Jahren 320 Menschen aus politischen Gründen hinrichten. Am selben Tag, als Arndts Polizeibehörde von "Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes" daherredete, unterschrieb der Henker auf dem Pfauenthron 12 neue Todesurteile. Der CIA brüstet sich noch heute damit, die freiheitliche Mossadegh-Regierung Anfang der fünfziger Jahre gestürzt und den Marionettenschah auf den Thron gesetzt zu haben." (Aus dem gemeinsamen Flugblatt der beteiligten Organisationen).

Nach dem Verbot entschloß man sich zum "Großeinkauf mit Diskussion" auf der Zeil (Fußgängerzone). Das

Ergebnis war eine aussichtslose Jagd von 5 Hundertschaften auf 12.000 Passanten, unter ihnen 1000 bis 1500 Demonstranten, die immer wieder Gruppen bildeten und lautstark gegen das Schah-Regime und das Bürgerkriegsspiel protestierten. Die Polizisten gerieten buchstäblich in Panik, griffen wahllos Leute an (u. a. nahmen sie die "Kinder Gottes" fest) und spritzten mit Wasserwerfern in die Kaufhäuser.

Nach Angaben von Ohrenzeugen hatte eine halbe Hundertschaft den Einsatz verweigert.

Es entstanden überall Diskussionsgruppen, wobei man den Eindruck bekam, daß die Polizei Provokateure beordert hatte. So tauchte plötzlich eine Frau auf, die 10 Jahre lang in Persien gelebt haben will und die Arbeit von Pahlevi auf dem Gebiet des Analphabetismus lobte. Immer wieder tauchten ältere Bürger auf, die nach "Ordnung" riefen, worauf andere erwiderten: "Dann soll der doch nach drüben gehen, da herrscht Ordnung."

Nach 4 Stunden war das Trauerspiel der Polizei beendet. Sie hinterließ ihre Pfützen überall, ohne die Aufklärung über die Machenschaften des Schah und die Verfassungswidrigkeit des Demonstrationsverbots verhindert zu haben. Die reaktionäre Abendpost erschien am nächsten Tag mit der Schlagzeile: "Polizeipräsident kritisiert die Bevölkerung". "Er soll sich eine andere aussuchen", war die Antwort vieler Frankfurter.

Der Einzelhandel beschwerte sich über den Einsatz. Eine Familie bekam beim Verlassen eines Kaufhauses einen vollen Strahl giftiges Wasser ins Gesicht - sie hatte keine Gelegenheit, die Aufforderung der Polizei, die Straße zu räumen, zu hören. Die Jungsozialisten forderten den Rücktritt von Polizeipräsident Müller.  
(Aus : ID, 14.1.1974)

## Vietnam

Fast scheint es so, daß die Pariser Abkommen zur Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen in Indochina unter Mitwirkung der Großmächte dazu verwendet werden, das Interesse der Weltöffentlichkeit endgültig vom Schicksal der Völker dieses Erdteils abzulenken, als ob tatsächlich

der Friede eingekehrt wäre. Auch Breschnew sprach anlässlich seines Besuchs in Indien vom "Ende des Vietnam-Krieges", und die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti stellte kategorisch fest (zitiert in Le Monde von 28.11.1973): "daß der blutige Krieg in Vietnam ein Ende gefunden hat".

Im Gegensatz dazu erklärte der Außenminister der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams am 3.11.1973, daß die Vereinigten Staaten und die Saigoner Administration die Pariser Abkommen täglich mit Füßen treten. Die Situation wird immer kritischer. Der Aufruf Thieu's, den Krieg gegen die "Kommunisten" zu intensivieren gemeinsam mit angedrohten Bombardierungen durch den Kommandanten der US-Luftwaffe im Pazifik zeigen, daß das Waffenstillstandsabkommen ständig gebrochen wird.

Gleichzeitig wurde die Warnung seitens der PRRSV an die Saigoner Machthaber gerichtet, daß jede Verletzung der Abkommen von den Befreiungsstreitkräften entsprechend geahndet würde.

Tatsächlich wurden etliche Basen der Saigoner Regierungstruppen zerstört, Flugpisten unbenutzbar gemacht, etliche Kampfflugzeuge abgeschossen und das riesige Treibstofflager in der Nähe Saigons in die Luft gejagt.

### WIEDERAUFNAHME DER BOMBARDIERUNGEN DURCH DIE USA ?

Über Nordvietnam werden weiterhin unbemannte Aufklärungsflüge von der US-Armee durchgeführt. Der Rückzug

von Flugzeugen und Hubschraubern aus Thailand ist gestoppt worden.

Die Hearings (Befragungen) zum US-Verteidigungsbudget für 1974 erbrachten interessante Einzelheiten über bereitgestellte finanzielle und militärische Mittel, um jederzeit zugunsten Thieus in Vietnam eingreifen zu können, ohne den Senat viel zu befragen.

Die Wiederaufnahme der Bombardierungen in Süd- und Nordvietnam scheint durchaus im Bereich der Möglichkeiten zu liegen, wenn es Nixon oder seinem Mini-Machiavelli Kissinger politisch "ratsam" erscheint.

Hat 1973 nach einer kurzen Atempause der Dritte Indochina-Krieg begonnen ?



## Thailand

Am 9. Jänner demonstrierten erneut Tausende von Studenten in den Straßen von Bangkok gegen die immer noch bestehende US-Präsenz in Thailand.

Erst im Oktober war es zu riesigen Demonstrationen in Bangkok gekommen, bei denen zwischen 200 bis 400 Studenten getötet und mehr als 1000 verletzt wurden. Die Regierung setzte damals Schützenpanzer, Tränengas, Hubschrauber aus denen geschossen wurde und Maschinengewehre ein.

Diese Demonstrationen stürzten den damaligen Premier Feldmarschall Thamon Kitti Kachon.

Seit 1965 ist Thailand immer mehr in die Abhängigkeit der USA gelangt.

# Bestellkarte

ICH ABONNIERE "OFFENSIV LINKS" FÜR EIN JAHR

NAME .....

ADRESSE .....

PREIS: INLAND S 50, --  
AUSLAND S 50, -- UND PORTO

BITTE AUSSCHNEIDEN UND AN VERTRIEB OFFENSIV LINKS

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 SCHICKEN.





Etwa 2 Milliarden US-Dollar wurden investiert, die vornehmlich dem Ausbau von Flugbasen dienten. Zum Höhepunkt des Vietnamkrieges waren mehr als 40.000 US-Soldaten in Thailand stationiert. Auch amerikanisches Kapital lief in riesigen Strömen nach Thailand. Es gilt als besonders investitionsfreundlich, da im ausländischen Besitz stehende Firmen mit 100 % Beteiligung erlaubt sind. Seit 1958 gibt es weder Gewerkschaften noch störende oppositionelle politische Parteien.

Von Jahr zu Jahr hat die "Patriotic front of Thailand" mehr Erfolge zu verbuchen. Von 1969 bis 1972 verloren die Regierungstruppen mehr als 1.200 Mann. Die PFT operiert im Norden, Nord-Osten und ganz im Süden an der Grenze zu Malaysia.



## Kambodscha

Die Offensiven, die von der Khmer Rouge gegen die Hauptstadt Kambodschas, Pnom Penh gestartet wurden, stellen übrigens keine Verletzung der Pariser Übereinkunft dar. Denn diese sieht für Kambodscha keinen Waffenstillstand vor. Die Lüge, daß Nordvietnamesen und der Vietcong, angeblich in Kambodscha kämpfen, sind von den US-Massenmedien selbst entlarvt worden. Dafür unterstützen die USA entgegen den ausdrücklichen Bestimmungen in den Pariser Abkommen über die Nichteinmischung ausländischer Mächte das totkranke Lon-Nol-Regime.



## Laos

Nach Unterzeichnung des Abkommens in Laos zwischen den revolutionären Pathet-Lao und offiziellen Regierungsvertretern sind Pathet-Lao-Truppen in den zwei größten Städten des Landes Vientiane und Luang Prabang stationiert.

Das bedeutet eine erhebliche Stärkung der Positionen der nationalen Befreiungsfront.

# KLUB LINKS

## Programm für März

1. MÄRZ 1974 19 Uhr

Marie-Luise KALTENEGGER berichtet über

C H I L E

8. MÄRZ 1974 19 Uhr

Günther CHALOUPEK

HINTERGRÜNDE DER SOGENANNTEN ENERGIEKRISE

15. MÄRZ 1974 19 Uhr

Manfred PAWLIK

PROBLEME DER WEIBLICHEN BERUFSAUSBILDUNG

22. MÄRZ 1974 19 Uhr

Dkfm. Ferdinand LACINA / Kurt URBAN

DER EINFLUSS DER MULTINATIONALEN KONZERNE  
AUF ÖSTERREICH

29. MÄRZ 1974 19 Uhr

Michael GUTTENBRUNNER

KARL KRAUS UND DIE LINKE PHRASE



\* Freitag + Samstag

Der Klub links ist jeden Freitag und Samstag ab 18 Uhr geöffnet.

es ergibt sich die notwendigkeit, **DEN KLASSENKAMPF OFFENSIV ZU FÜHREN**, nicht nur übergriffen des kapitals zu begegnen, sondern selbst forderungen zu stellen, die die verfügungsgewalt des kapitals angreifen & bei den auseinandersetzungen stets den fortschritthemmenden charakter des kapitals, seine historische & gesellschaftliche überholtheit offenlegen.

**grundsätze der politik der föj - bewegung für sozialismus**      märz 1973

erhältlich  
in den linken buchhandlungen  
und  
bei den kontaktadressen der

föj - bewegung für sozialismus